Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284. Dienstag, den 5. Dezember 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Gastwirte und die Reichstagswahlen.

Nur noch wenige Wochen sind es, die uns von der Wahl zum Deutschen Reichstag trennen. Der Aufmarsch der Parteien ist so ziemlich vollendet. Bei den großen wirtschaftlichen Gruppen herrscht ziemliche Klarheit über die politischen Ziele. Das Großunternehmertum in Landwirtschaft und Industrie verfolgt eine zielklare Politik der Ausbeutung und Unterdrückung, der Knebelung und Rechtlosmachung der großen Schichten des erwerbstätigen Volkes. Klein an Zahl, mächtig an Einfluß. Auf der anderen Seite steht die klassenbewußte Arbeiterschaft, die im Staate die Demokratie, auf wirtschaftlichem Gebiete die Sozialisierung der Gesellschaft anstrebt. Dort zähes Festhalten am Alten, an der Teilung der Gesellschaft in Herren und Knechte, hier zielbewußtes Vorwärtsschreiten zu höheren Daseinszielen.

Daneben die zahlreichen Mittelschichten im Handel, Gewerbe und Industrie. Gerade diese sucht man aber besonders zu schrecken durch den Hinweis auf die Ziele der Sozialdemokratie. Durch das Schreckgespenst des „Zukunftsstaates!“ Wenn die Wahlzeit kommt, sehen sich alle diese Gruppen von den bürgerlichen Parteien heiß umworben. Auch die Gastwirte gehören zu diesen Glücklichen, denen vor und bei der Wahl so viel Versprechungen gemacht wurden, die dann nach vollzogener Abstimmung — ach so bald vergessen sind.

Die Gastwirte (wir fassen unter diesem Namen: Gasthofbesitzer, Schankwirte, Cafetiers usw. zusammen) sind selbständige Existenzen — so sagen ihnen diejenigen, welche um ihre Stimme werben, und ihre Interessen seien andere als die der Arbeiterschaft. Nun es ist richtig, bei der Berufszählung von 1907 wurden neben 412 221 Arbeitern und Angestellten im Gastwirtsgewerbe 238 676 Selbständige gezählt. Ja, die Zahl der selbständigen Gastwirte hat von Zählung zu Zählung noch immer zugenommen, von rund 143 000 im Jahre 1882 auf 175 000 im Jahre 1895, um schließlich im Jahre 1907 die oben genannte Zahl zu erreichen.

Wie aber sieht diese Selbständigkeit aus? 69 739 Betriebe waren Alleinbetriebe, solche also, deren Inhaber ohne jegliche fremde Hilfe ihr Geschäft führten. Dann kamen 211 492 Betriebe mit 499 216 Personen. Hier ist die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Hilfspersonen recht gering, in der Mehrzahl der Fälle dürfte es sich um ein Mädchen und einen Hausdiener oder einen Kellner handeln. An Großbetrieben (solche, in denen je 51 und mehr Personen tätig sind) waren 312 mit 28 853 Personen vorhanden. Diese letztere Gruppe ist allerdings nicht unerheblich gewachsen; bei der Berufszählung von 1895 wurden in ihr 96 Betriebe mit 7400 Personen gezählt.

In den obigen Zahlen kommt in knappen Umrissen die wirtschaftlich-soziale Struktur des Gastwirtsgewerbes zum Ausdruck, Konzentration auf der einen Seite: große Bierpaläste und Weinstuben, Millionenbauten mit Hunderten von Angestellten, Riesenhotels mit luxuriösester Ausstattung.

Auf der anderen Seite Weiterbestehen, sogar Vermehrung kleiner und kleinster Betriebe. Die erstere Gruppe besteht vielfach aus Aktien-Unternehmen oder direkten Gründungen der Großbrauereien, Weinfirmen und so weiter, die mittleren und kleineren Betriebe befinden sich meist in voller Abhängigkeit vom Braukapital. In Wirtskreisen wird es oft geäußert: „Wir sind ja nur noch die „Zapfer“ der Brauereien!“

Diese Verhältnisse beruhen auf der allgemein wirtschaftlichen Entwickelung, aber sie werden auch gefördert und verstärkt durch eine falsche Gesetzgebung. Auf die Gesetzgebung muß also auch der Gastwirt Einfluß zu gewinnen suchen. Falsche Freunde reden ihm vor, der Gastwirt habe sich nicht um Politik zu kümmern, er müsse als Geschäftsmann neutral bleiben. Nichts verkehrter als das! Das heißt, den Gastwirt zum Staatsbürger zweiter Klasse degradieren. Die Politik ist nicht eine Sache, die in der Luft schwebt, etwas, das wir nur ruhig den Regierenden überlassen dürften; jede Schicht von Staatsbürgern sucht Politik zu treiben, wie sie in ihrem Interesse liegt, die Politik greift in alle Lebensverhältnisse ein.

Für das Gastwirtsgewerbe läßt sich das am besten an der Steuergesetzgebung nachweisen. Betrachten wir einmal die einschlägige Gesetzgebung der letzten Jahre. Da sei zunächst an die Stengelsche, sogenannte „kleine Finanzreform“ von 1906 erinnert. Das Reich war durch die Schuldenwirtschaft in immer größere Schwierigkeiten geraten, man suchte neue Anleihen aufzunehmen, um die Zinsen zahlen zu können. Die Bundesstaaten erklärten, mehr nicht leisten zu können. Damals wurde eine Erhöhung der Brausteuer um 100 Millionen Mark durchgesetzt.

Dann kamen die Wahlen von 1907. Noch am Tage vor der Wahl erklärte die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ in strikktester Form, daß „zunächst keine neuen Steuern zu erwarten“ seien. Aber bereits am 3. November 1908 wurde dem Reichstag eine neue „Finanzreform“ unterbreitet, wonach das deutsche Volk um weitere 500 Millionen Mark geschröpft werden sollte. Diese Reform ist im wesentlichen auch durchgeführt, der Verbrauch wurde mit vier Fünftel, der Besitz mit einem Fünftel belastet. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen damit 8 bis 9 Mark neuer Steuern, auf eine Familie mit 5 Köpfen ca. 45 Mark pro Jahr.

Für das Gastwirtsgewerbe kommen vor allem die nachstehenden Steuergattungen in Betracht: Der Kaffee- und Teezoll mit 37 Millionen Mark, die Leuchtmittelsteuer 20 Millionen Mark, Zündwarensteuer 25 Millionen Mark. Der Branntwein mit 80 Millionen Mark, Tabak 43 Millionen Mark und das Bier mit 100 Millionen Mark. Die Branntweinsteuer verteuert den Schnaps, führt aber durch die Kontingentierung Hunderte von Millionen in die Taschen der Brenner. Seit Schaffung des Branntweingesetzes 1887 hat die „Liebesgabe“ an die ostelbischen Schnapsjunker die Höhe von zirka Tausend Millionen Mark erreicht. Interessant ist das Zugeständnis des früheren Staatssekretärs v. Posadowsky, das dieser dem Abgeordneten Semmler seinerzeit gemacht hat: die Liebesgabe müsse aufrechterhalten werden, „denn anderenfalls sind unsere ostelbischen Großgrundbesitzer nicht mehr in der Lage, die notwendigen Zuschüsse für den Leutnant-Sohn und Referendar-Sohn zu geben.“ Und so entfallen heute auf jeden ehrlichen Liter Trinkbranntwein 47 Pf. Liebesgabe an die Junker.

Das Bier ist von den Regierungen schon immer als ein geeignetes Steuerobjekt betrachtet worden. In Norddeutschland wurde seit dem Jahre 1869 auf den Doppelzentner Malz 4 Mark Steuer erhoben. Seit dem Jahre 1869 ist nicht weniger denn sechsmal der Versuch unternommen worden, eine Erhöhung dieser Steuer herbeizuführen, bis im Jahre 1906 die Stengelsche Steuerreform den Doppelzentner mit 4 bis 10 Mark Steuer belegte. Durch das Gesetz von 1909 wurde die Steuer so weit erhöht, daß der Hektoliter Bier mit 2 Mark belastet ist. Die Nationalliberalen und selbst die Freisinnigen hatten nichts dagegen; der Liter 2–3 Pfg. mehr sei gerechtfertigt, weil eine Abwälzung möglich. Den Brauereien allerdings ist es wohl möglich gewesen, die Steuer auf die Gastwirte abzuwälzen, diese aber waren nur zum kleineren Teil — und zwar waren es die Großbetriebe — in der Lage, den erhöhten Preis auf die Konsumenten zu überwälzen. Haben bei dem Branntwein die ostelbischen Brenner den Vorteil, so beim Bier die Großbrauereien. Am 9. Juli 1909 hatte der Reichstag die Biersteuer angenommen, am 10. Juli erfolgte eine allgemeine Hausse in Aktien der Brauereien an der Berliner Börse.

So stieg z. B. der Kurs der Aktien der Berliner Unionsbrauerei von 93 auf 99 für 100, des Böhmischen Brauhauses von 104 auf 110, der Patzenhofer von 203 auf 214, der Pfefferberg-Brauerei von 164 auf 177, der Schultheiß-Brauerei von 233 auf 241, der Vereinsbrauerei von 205 auf 216. Diese ganz riesige Erhöhung der Aktienwerte trotz der Steuer hatte ihre Veranlassung in der Bestimmung, die die Mehrheitsparteien so ganz nebenbei zwischen der zweiten und dritten Lesung hineinschmuggelten und die lautete:

Für neue Brauereien, die nach dem 1. August 1909 in Betrieb genommen worden und mit deren Bau nicht bereits vor dem 1. Januar 1909 begonnen war, sowie für solche, die nach dem 1. August wieder in Betrieb genommen werden, nachdem sie mehr als zwei Jahre außer Betrieb waren, erhöhen sich die Steuersätze bis zum 31. März 1915 um 50 Prozent, für die nächsten drei Jahre um 25 Prozent.

Diese Bestimmung sichert den bestehenden Brauereien einen riesigen Extra-Profit, denn daß bis zum Jahre 1918 keine neuen Brauereien entstehen können, ist sicher.

Die Gastwirte sind, wie schon eben hervorgehoben, in ihrer Mehrheit nicht imstande gewesen, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Die großen Restaurants und Cafehäuser verkleinerten ihre Maße oder erhöhten die Preise entsprechend. Hier, wo ein zahlungsfähiges Publikum verkehrt, hat ein großer Widerstand nicht eingesetzt. Die Mehrzahl der Gastwirte aber hat mit der großen Masse des Volkes, der Arbeiterschaft, den unteren Beamten und Angestellten zu rechnen. Gerade diese Schichten wurden, wie durch alle indirekten Steuern und Zölle, auch von den neuen Steuern erheblich belastet und so sträubten sie sich gegen jede Erhöhung der Bierpreise. In vielen Städten ist es dieserhalb zu erbitterten Kämpfen zwischen Publikum und Gastwirten gekommen. Es ist nur zu natürlich, daß die Arbeiterschaft sich gegen die neue Belastung zu wehren sucht. Und so kamen die Gastwirte zwischen zwei Feuer. Das Braukapital ist gut organisiert und erlangte durch das neue Steuergesetz fast eine Monopolstellung. Die Konkurrenz unter den Gastwirten, vor allem unter den kleinen, ist so ungeheuer groß, daß sie fast allein die Gesamtsumme der Biersteuer zu tragen haben. Zahlreiche Konkurse sind die Folge gewesen und die Abhängigkeit von den Brauereien wird immer größer.

In der gleichen Weise wurde das Gastwirtsgewerbe von den übrigen Steuern auf Leuchtmittel, Zündhölzer getroffen, ebenso von den schon bestehenden Steuern auf Zucker, Fleisch, Brot, Kaffee, Licht und vielen anderen Gebrauchsartikeln und Lebensmitteln.

Wie verheerend dieser letzte Riesenraubzug auf die Taschen der Steuerzahler gerade für das Gastwirtsgewerbe gewirkt hat, wird treffend gekennzeichnet durch die kürzlich erfolgten Veröffentlichungen des Verbandes sächsischer Industrieller. Dort heißt es unter anderem:

„Die unerfreulichen Wirkungen der Brausteuer, die Abnahme der Biererzeugung, des Malzverbrauchs und des Bierkonsums, die Preiserhöhungen und die Bierkriege sind ebenso bekannt wie die Tatsache der erhöhten Einfuhr österreichischer Biere, unter der besonders die sächsische Brauindustrie zu leiden hat. Der Denaturierungszwang des Branntweinsteuergesetzes hat lediglich der Monopoltendenz der Spirituszentrale gedient; eine große Anzahl kleinerer Brennereien mußte sich der Zentrale ergeben oder den Betrieb ganz einstellen. Auch hier wieder Konsumrückgang und heftige Konkurrenz.“

Mit dem Gesagten sind die Belastungen des Gastwirtsgewerbes aber noch nicht erschöpft. Neben dem Reich sorgen auch die Bundesstaaten und Gemeinden für weitere Steuern und sonstige Bedrückungen aller Art. So hat der Gastwirt noch erhöhte Betriebs- und Gewerbesteuer, Konzessionssteuer, Lustbarkeitssteuer zu zahlen. Polizeiverordnungen aller Art reglementieren seinen Betrieb.

Wie jeder andere Staatsbürger und mehr als dieser werden auch die Gastwirte von der allgemeinen Politik berührt.

Sie haben ein Interesse an der Gestaltung der gesamten politischen Verhältnisse. Die aus ihnen herausgepreßten Mittel, die unzähligen Hunderte Millionen, mit denen das Gastwirtsgewerbe an den Reichseinnahmen partizipiert, werden benutzt, um dem Moloch Militarismus und Marinismus den Rachen zu stopfen. Die Gestaltung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse kann ihnen nicht einerlei sein, dies haben die letzten Jahre bewiesen.

Das Gastwirtsgewerbe hat das ureigenste Interesse, da es in der Mehrzahl aus Personen besteht, welche genau so, wie die Arbeiter, kleinen Beamten und Handwerker von der Hand in den Mund leben, teilzunehmen an der Schaffung wirklich demokratischer Staatseinrichtungen, damit die Regierung eine Politik betreibt, welche zum Wohle und Segen aller Volksgenossen ausfällt.

Wer eine Politik allgemeiner Volkswohlfahrt, eine Weiterentwickelung unseres Staatslebens zur Demokratie will, kann bei uns in Deutschland keiner anderen Partei seine Stimme geben — er muß sozialdemokratisch wählen!

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Wider Erwarten brachte die Montags-Sitzung des Reichstags, die recht harmlos anfing, eine lange und ausgedehnte Debatte über die Reichsfinanzreform, ihre Ursachen, Absichten, gewollte und ungewollte Wirkung.

Zunächst wurde eine Reihe Petitionen erledigt, wobei Genosse Schwartz-Lübeck den Ritter aus dem Lande des Ochsenwappens, v. Treuenfels, abfertigte, der nach einem Heringszoll zu schreien sich nicht gescheut hat.

Nun kam die ostafrikanische Bahnvorlage heran. Allgemein rechnete man auch mit ihrer schnellen Erledigung. Da fühlte plötzlich der Reichsschatzsekretär Wermuth das Bedürfnis, eine garnicht zur Sache gehörende Lobrede auf die schwarz-blaue Reichsfinanzreform loszulassen. Dafür heimste er des redseligen Erzberger, der zu diversen Malen das Wort ergriff, und des ollen ehrlichen Arendt begeisterte Lobsprüche ein, während die Libe-

ralen Paasche, Müller-Meiningen und Wiemer ihm mehr oder minder scharf entgegentraten. Von unserer Seite sprach zunächst Genosse Zietsch, der zu der Vorlage erklärte, daß wir wohl die immerhin einigermaßen Rentabilität versprechende Ugandabahn, nicht aber die Zentralbahn bewilligen, und der mit den schwarz-blauen Konsumartikelbesteuerern und dem in gottgewollter Abhängigkeit von ihnen wandelnden Reichsschatzsekretär scharf ins Gericht ging. Als die Debatte, in der übrigens von Ostafrika so gut wie gar nicht die Rede war, immer noch weiter ging, und sich allgemach auf alle Einzelheiten der verwickelten Entstehungsgeschichte der Reichsfinanzreform erstreckte, griff in wirksamster Weise Genosse Bebel in die Verhandlungen ein. Er kennzeichnete die schwarz-blaue Finanzpolitik als das, was sie ist, als eine ungeheuerliche Ausraubung der Massen zum Zweck der Schonung der Wohlhabenden. Er kennzeichnete aber auch das Verhalten der schwachmütigen Liberalen und zog die Grenzlinien bürgerlicher und proletarischer Finanzpolitik.

Nachdem Knutenörtels Nachfolger im Reichstagsmandat für Freiberg, der strebsame sächsische Landrichter Wagner, vergebens die Zungenfertigkeit Erzbergers nachzuahmen versucht hatte, und nachdem Genosse Südekum den Zöllnern und Brotverteurern gründlich den Marsch geblasen hatte, ergab sich bei einem Hammelsprung über einen Schlußantrag die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Trotz der umfangreichen Tagesordnung hofft man am Dienstag die letzte Session des Reichstages der Hottentottenwahlen zu Ende bringen zu können.

Der Stand der Reichsfinanzen.

Das Reichsschatzamt verbreitet eine Auskunft, die der Ministerialdirektor Herz in der Budgetkommission des Reichstages gegeben hat. Das Exposee lautet:

„1. Der Stand der Reichsfinanzen ist durchaus befriedigend, dank den guten Erträgnissen der neuen Steuern. Diese günstige Finanzlage äußert sich darin, daß

2. die Überschüsse des Jahres 1911 noch erheblich höher sein werden als im Jahre 1910, wo sie 117 Millionen Mark betrugen. Wenn die Steuererträgnisse sich normal weiter entwickeln wie bisher, könnte mit einem Überschuß für 1911 von 140 Millionen Mark gerechnet werden.

3. Von dem im Etat für 1911 vorgesehenen Anleihekredit von 97½ Millionen Mark wurde kein Gebrauch gemacht; er wird auch nicht in Anspruch genommen werden müssen, sodaß im laufenden Jahre kein Pfennig neue Anleihe ausgegeben wurde, während auf der anderen Seite erhebliche Summen zur Schuldentilgung aus dem ordentlichen Etat verwendet wurden.

4. Der Reichsschatzanweisungskredit wurde im Jahre 1911 nur in ganz unerheblicher Weise in Anspruch genommen.

5. Die Bestimmungen des Etatsgesetzes, daß alle Überschüsse aus den Überweisungssteuern und aus den ordentlichen Einnahmen des Reiches zur Abbürdung der Anleihe bezw. zum Rückkauf von Schuldverschreibungen am offenen Markt verwendet werden müssen, gestatte unter diesen Umständen eine erhebliche Entlastung der Reichsschuld.

6. Auch für das bevorstehende Rechnungsjahr 1912, dessen Etat zurzeit noch nicht fertiggestellt ist, ist ein durchaus günstiger Abschluß zu erwarten. Der Etat wird nicht nur balanzieren, er wird auch wiederum gestatten, erhebliche Beiträge zur Schuldentilgung vorzusehen.

7. Das Anleihesoll für 1912 dürfte sich auf etwa 50 Millionen Mark belaufen. Soweit die Anleihe zur Deckung neuer Bedürfnisse notwendig erscheint, kommen nur solche werbender Natur in Frage, sodaß wir dem erstrebenswerten Ziel jeder guten Anleihepolitik, alle nicht werbenden Anlagen auf das Ordinarium zu überweisen, bereits sehr nahe gerückt sind. Eine Inanspruchnahme dieses Anleihekredits wird aber vielleicht auch im Jahre 1912 nicht notwendig werden."

Daß man bei 500 Millionen Mark neuer Steuern nicht gleich in den ersten beiden Jahren wieder mit einem Defizit kommt, ist durchaus keine Leistung, auf die das Reichsschatzamt stolz sein könnte. Aber das Exposee gibt eine Schilderung, die sich jeder Nachprüfung entzieht. Wenn Schatzsekretär Wermuth diese Erklärung abgegeben hätte, dann könnte man der Sache immerhin eine gewisse Bedeutung beimessen. So aber überläßt er das einem Beamten seines Ressorts, den er jeden Moment verleugnen kann. Wenn die Überschüsse so erheblich sind, dann ist es nicht zu verstehen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze für den Erhalt der Altersrente von 70 auf 65 Jahre von der Regierung für unannehmbar erklärt wurde, weil man die Mehrbelastung von 8 Millionen Mark nicht glaubte übernehmen zu können. Wie steht es mit der Deckung der Kosten der letzten Militärvorlage? Von den 142 Millionen Mark Gesamtkosten sind im laufenden Etat nur 8 Millionen Mark enthalten. Der Rest von 134 Millionen Mark ist auf die nächsten 4 Jahre zu verteilen. Wie steht es mit den Kosten der neuen Flottenvorlage? Wie steht es mit den Kosten für das neu erworbene Kongogebiet? Der Ministerialdirektor Herz redet nur von steigenden Einnahmen, daß aber auch die Ausgaben enorm steigen, davon sagt dieser Schönfärber kein Wort. Die ganze Darlegung trägt den Stempel des Gekünstelten an der Stirn, es sind vage Vermutungen, Schätzungen, die sich jeder Nachprüfung entziehen, und es muß daher mit aller Entschiedenheit gegen den Unfug protestiert werden, die Öffentlichkeit mit völlig in der Luft schwebenden Berechnungen irreführen zu wollen.

Über die deutsche Volksschule

wurden in einer großen Goethebundversammlung, welche Sonntag in Berlin tagte, von führenden Pädagogen und Gelehrten harte Urteile gefällt. Ludwig Fulda sagte in der Eröffnungsrede: „Freie Geister sind die Voraussetzung der Geistesfreiheit, und die Voraussetzung freier Geister liegt in der Erziehung, liegt in der Schule. Als ein altertümliches Gebäude mit verhältnismäßig recht bescheidenen modernen Zutaten steht noch immer die Schule fremd und befremdend mitten im 20. Jahrhundert . . . Wenn wir für eine andere, eine freiere, eine frohere Schule ins Feld ziehen, dann erfüllen wir eine nationale Pflicht." — Prof. Helmers-Bremen erklärte es als notwendig, „eine einheitliche, alle Standesvorurteile und konfessionelle Einengungen ausschließende Organisation des Bildungswesens zu erhalten." — Der Naturwissenschaftler Geheimrat Ostwald sagte: „Noch herrscht in der Schule die Anschauung der Bauernmedizin: Je scheußlicher das Ding schmeckt, desto besser. Ein unermeßlicher Strom von Schmerz kommt aus dieser verkehrten Orientierung. Je froher es in der Lehrstunde zugeht, desto reicher kehren die Kinder zurück."

Nachdem noch die Forderung erhoben worden war, daß Lehrer und Schüler eine freie Gemeinschaft bilden sollen, führte Herr Tews, der Wortführer der Lehrerschaft, u. a. aus: „Die Volksschule will freilich dasselbe, wie jede andere Schule, unsere Kinder einführen in die Kultur der Gegenwart, ihnen die Kulturgüter übermitteln. Aber vielfach wurde in unseren Volksschulen eine Kost gereicht, die stark an die Volksküche erinnert."

Die ganze Versammlung war ein Aufbäumen gegen die Freudlosmachung der Schule, gegen das Zuchtverhältnis von Lehrer und Schüler — also gegen den wahrhaft preußisch-amtlichen Geist der Schule.

Der Wert der Lohnämter in der Hausarbeit.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Lohnämter sind von der Reichstagsmehrheit, die Liberalen mit eingeschlossen, abgelehnt worden. In einer Studie des Prof. Dr. Broda-Paris über die Tätigkeit der Lohnämter in Australien und England wird nun mitgeteilt, daß die zur Abhilfe des Heimarbeiterelends in Australien eingeführten Lohnämter durch die Lohnfestsetzung dieser Notwendigkeit durchaus gerecht geworden sind; die Erhöhung der Löhne, speziell für die Heimarbeiter, hat deren ungünstige Lage beseitigt, und die Industrien haben sich trotzdem, wie Prof. Broda an der Hand der offiziellen Statistik nachweist, weiter sehr befriedigend entwickelt.

Dieses günstige Ergebnis hat England veranlaßt, im Jahre 1909 ein gleich gerichtetes Gesetz einzuführen, und die auf Grund dessen errichteten Lohnämter haben bereits ihre Aufgabe gelöst, entsprechende Minimallöhne für Heimarbeiter festzulegen. Die Annahme des englischen Gesetzentwurfs erfolgte im englischen Unter- wie Oberhause ohne jedweden Widerspruch; auch die konservative Gruppe des englischen Parlaments hat die Lösung des Problems gern akzeptiert. Und bei uns haben sie sogar die Liberalen verworfen!

Luft-Dreadnoughts!

Die Berliner „Deutsche Zeitung" läßt sich aus Köln melden:

Nachdem die Luftschiffmanöver endgültig beendet sind, „wendet nunmehr die Heeresverwaltung einem Plan zur Erbauung deutscher Riesenluftkreuzer große Aufmerksamkeit zu. Gegenwärtig besteht die Absicht, ein Luftschiff starren Systems von 100000 Kubikmetern herzustellen, dessen Erbauer Schleibinger und Wetzel eine Beförderung von 300 Personen bei einer Eigengeschwindigkeit von 25 Metern in der Sekunde erhoffen."

Michel, mach' den Beutel locker! Ob man übrigens diesen neuesten Rüstungswahn auch mit englischen, französischen usw. Rüstungen „begründen" wird, wo Deutschland doch allen anderen Ländern im Luftschiffbau von jeher weit voraus ist?!

Starke Vermehrung der großen Einkommen

ist in Baden zu konstatieren. Nach der neuesten Steuertabelle haben von 1904 bis 1910 die Einkommen von 900 bis 3000 Mk. um 5 Prozent, die Einkommen von über 100 000 Mk. aber um 29 Prozent zugenommen. Im letzten Jahre versteuerten in Baden 253 Personen ein Einkommen von über 100 000 Mark. Die Kehrseite der Medaille kommt jedoch in der Feststellung zum Ausdruck, daß 160 000 Staatsbürger ein Einkommen von 900 Mk. jährlich nicht erreichen! Von 428 000 Steuerzahlern haben mehr als 50 Proz., nämlich 247 000, ein Einkommen von unter 1500 Mark; das Durchschnittseinkommen der Steuerstufen von 900 bis 3000 Mark wuchs seit 1904 trotz der enormen Verteuerung aller Verbrauchsartikel nur um 72 Mk., dagegen das Durchschnittseinkommen der 100 000-Mark-Männer um 69 000 Mk., der 200 000-Mark-Männer sogar um 92 000 Mark. Die mittleren und unteren Einkommen stiegen knapp um 36 Proz., die höheren aber um volle 80 Prozent. 1904 machten die großen Einkommen ein Zwölftel, 1910 aber schon ein Neuntel des gesamten Steuerbetrages aus. Kapital fügt sich also zum Kapital auch in dem noch vor zehn Jahren halbagrarischen Baden. Der Reichtum der Nation konzentriert sich in immer weniger Händen.

Eine „bedenkliche Meldung"

nennt der konservative „Reichsbote" die Nachricht der „Neuen preußischen Korrespondenz", nach der zur Verstärkung der deutschen Flotte 360 Millionen in Aussicht genommen worden sind. Wie der „Reichsbote" erfährt, sei an der letzten Meldung nur so viel wahr, daß nach den letzten Enthüllungen über die Marokkoverhandlungen die Überzeugung in immer weiteren Kreisen Deutschlands Boden greift, daß an dem Ausbau unserer Flotte mit allen Kräften weitergearbeitet werden muß und ein Nachlassen in dieser Beziehung unter keinen Umständen eintreten dürfe. Das Reichsschatzamt habe sich aber amtlich mit derartigen neuen Marineforderungen noch nicht befaßt, infolgedessen auch die Deckungsfrage noch nicht gelöst sein könne. Das wisse jeder, daß das Reich heute noch nicht in der Lage sei, im Rahmen des regulären Etats 60 Millionen Mark jährlich mehr für die Reichsmarine herzugeben, die aus erhöhten Reichseinnahmen zu entnehmen wären.

Aus vorstehenden Sätzen grinst die konservative Angst vor den kommenden Wahlen. Es wird ja nicht bei den 360 Millionen bleiben, die für die nächsten sechs Jahre verlangt werden. Das wissen auch die Herren vom „Reichsboten". Daher warnen sie auch, vor den Wahlen in amtliche Erwägungen der neuen Flottenvorlage einzutreten.

Presse, Prinzregent und Landtagswahlen.

Aus München wird der „B. Z. am Mittag" berichtet: Der bayerische Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern hat sich an den Vorstand des Landesverbandes von Bayern des Reichsverbandes der deutschen Presse namens der Staatsregierung gewandt, um dem Vorstande anheimzugeben, seinen Einfluß bei der Presse in kollegialer Weise dahin auszuüben, man möchte im gegenseitigen Einvernehmen aller Parteirichtungen von einer Hineinziehung des Prinzregenten in die Erörterungen der Presse Abstand nehmen. Der Vorstand des Verbandes der bayerischen Presse hat jedoch das Ersuchen des Ministers abgelehnt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Satzungen des Reichsverbandes der deutschen Presse unter Fernhaltung aller trennenden politischen oder konfessionellen Gesichtspunkte nur die Wahrung der Berufs- und Standesinteressen und der journalistischen Berufsehre und Förderung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder bezwecken.

Ein Stück Afrika erwünscht?

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Ztg." drahtet auf Grund von Informationen parlamentarischer Kreise, die mit den Intentionen der englischen auswärtigen Politik genau bekannt sind, daß, falls Spanien das Bedürfnis fühle, sich seines westafrikanischen Besitzes zu entledigen, England nichts dagegen einwende, wenn Deutschland zugreife. In Deutschland sei überhaupt in Greys Rede ein Satz übersehen worden, daß er Deutschland deutlich auf weitere Expansionen durch freundliche Erwerbungen in Afrika hinwies. Nach Greys Ansicht sowie der des englischen Auswärtigen Amtes zufolge werde England keine weitere Ausdehnung, insbesondere in Afrika, anstreben.

Nun Marokko dahin ist, können unsere Imperialisten ihren Blick auf den spanischen Besitz in Afrika richten.

Die Konservativen haben sich mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen abgefunden. Sie wollen sich im Reichstage wie die übrigen Parteien mit einer kurzen Erklärung begnügen. Weiterhin beabsichtigt man nach der „Post", eine gemeinsame Erklärung aller bürgerlichen Parteien abzugeben, um eine eindrucksvolle Wirkung gegenüber dem Auslande zu erzielen.

Rechenberg als Nachfolger Lindequists.

Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, wird der Gouverneur von Ostafrika, Freiherr v. Rechenberg, zum Staatssekretär des Reichskolonialamts ernannt. An seine Stelle nach Ostafrika soll der seitherige Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, treten. Die „Tägliche Rundschau" versichert, daß man diese Ernennung in Kolonialkreisen mit Mißtrauen und Befremden aufnehmen werde. In der Ernennung des edlen Herrn v. Rechenberg sei lediglich eine Konzession an das Zentrum zu erblicken.

Gegen den Freiherrn von Rechenberg treiben die „alten Afrikaner" vom Schlage der Liebert und Konsorten längst eine scharfe Hetze, weil er die Eingeborenen zu sehr als Menschen behandelt und den Anmaßungen des Herrenmenschentums der Pflanzer zu wenig Rechnung trägt. Dafür sind unter der Herrschaft Rechenbergs auch keine Eingeborenen-Aufstände, wie zu Lieberts Zeiten, zu verzeichnen gewesen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Petitionskommission des Reichstages, deren Nestor unser Genosse Schwartz ist, hat ihre Arbeiten beendet. Während der Zeit seiner Tagung sind dem Reichstage 16 443 Petitionen zugegangen; hiervon entfallen auf die zweite Session (1909 bis 1911) 7178 Petitionen. Der Petitionskommission waren 6010 Petitionen überwiesen worden, die sie zum größten Teile erledigt hat. — Das preußische Wassergesetz wird noch im Laufe des Dezember nach erfolgter Genehmigung durch das Staatsministerium veröffentlicht werden und es wird dem Landtage im Januar zugehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. Dezember.

Die Bürgerschaft hielt gestern die erste Sitzung in ihrer neuen Zusammensetzung ab. Saal und Tribünen waren dicht gefüllt, was man sonst nur selten beobachten kann. Die Bureauwahlen zeitigten keinerlei Überraschung. Bereits in der Vorversammlung war beschlossen worden, daß die Herren Dr. Görtz, Jenne und Buchwald das Präsidium bilden sollten. Natürlich stimmte die Bürgerschaftsmehrheit diesem Vorschlage zu. Unsere Genossen wählten als zweiten Stellvertreter des Wortführers den Genossen P. Pape. Wenn man die Zahl der sozialdemokratischen Wähler maßgebend sein lassen wollte, so müßte selbstverständlich der Posten des Wortführers durch einen unserer Parteigenossen besetzt werden.

Die Niedertracht und Infamie der Bürgerschaftsmehrheit offenbarte sich am klarsten und deutlichsten bei der Bürgerausschußwahl. Selbst unter dem bestehenden hundsmiserablen Bürgerschaftswahlrecht haben die Sozialdemokraten 12 von den 120 Bürgerschaftssitzen inne. Das ist ein Zehntel der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft. Man sollte nun glauben, daß selbst das außerordentlich kümmerlich entwickelte Gerechtigkeitsgefühl der Bürgerschaftsmajorität wenigstens das Resultat zeitigen würde, daß die Sozialdemokraten im Verhältnis ihrer Stärke auch im Bürgerausschuß vertreten sein sollten. Aber weit gefehlt. So schofel wie in der gestrigen Bürgerschaftsversammlung haben sich die Erstklassigen wohl noch nie gezeigt. Bisher waren die Sozialdemokraten, welche unbestritten die große Mehrheit der Lübecker Bürger repräsentieren, durch zwei ihrer Mitglieder im Bürgerausschuß vertreten. Nach der gestrigen Sitzung gehört nur mehr ein Sozialdemokrat dem Bürgerausschuß an, nämlich der Arbeitersekretär Genosse Paul Hoff. Mit dieser Bürgerausschußwahl hat die große Mehrheit des Vierklassenparlaments ihren Bankerott erklärt. Sie hat dadurch zu erkennen gegeben, daß der Bürgerausschuß nicht einmal imstande ist, unter dreißig Mitgliedern zwei Sozialdemokraten, die selbstverständlich keinerlei Cliquen- oder Interessenpolitik betreiben, ertragen zu können. Wie faul und morsch muß danach selbst nach bürgerlicher Meinung der Bürgerausschuß sein. Es ist ja möglich, daß ein Teil der Bürgerschaftsmitglieder zwei Sozialdemokraten gewählt hat; aber auch damit haben sie nur gezeigt, daß ihnen die elementarsten parlamentarischen Begriffe fehlten, als sie die Stimmen zersplitterten. Die große Mehrheit der Bürger Lübecks wird nunmehr nur durch einen Vertreter im Bürgerausschuß repräsentiert. So will es das Gerechtigkeitsgefühl der Bürgerschaftsmehrheit; und Herr Klein wird in seinen Wählerversammlungen weiter Gelegenheit haben, auf die sozialdemokratische „Unfruchtbarkeit" oder sonst was im Bürgerausschuß hinzuweisen. Vielleicht

kann er das sogar mit seiner Klage gegen den „Volksboten" verbinden, die er demnächst zum hundertsten Male auf dem lübschen Landgebiet ankündigen wird. Entsprechende „Ehrungen" sind schon vorgesehen.

Von den Beratungsgegenständen, die gestern der Bürgerschaft vorlagen, war nur die Neuordnung des Armenwesens von größerer Bedeutung. Genosse Dr. Schlomer begründete in ausgezeichneter Weise den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion und stellte eine Reihe Verbesserungsanträge zu der Senatsvorlage. Da die Bürgerschaftsmehrheit sich nicht um die Senatsvorlage gekümmert hatte, so stimmte sie die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge in ihrer Einfalt und Unwissenheit nieder. Auch die Liberalen bewiesen so ihre sehr zweifelhafte Intelligenz. Schließlich wurde die ganze Senatsvorlage mit verschiedenen unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Kurz vor 11 Uhr wurde dann die ungewöhnliche Bürgerschaftsversammlung geschlossen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat November auf 1177 (1334), die der Besucher auf 1289 (1519). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 128 Personen. Mithin sind im Monat Nov. **1161** (1175) **neue Fälle** bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1299 (1464), darunter nach auswärts schriftlich 35 (31). Von den Besuchern waren organisiert 630 (791) Personen, und zwar gewerkschaftlich 381, politisch 25, gewerkschaftlich und politisch 249. Unter den verbleibenden 540 Nichtorganisierten befinden sich 232 Angehörige von Organisierten und 41 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 877 (1037) männlich, 393 (457) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1143 (1322); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern 2c. und deren Angehörige 127 (172); Vereine, Organisationen und Behörden 19 (25). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 994 (1116) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 127 (158), Oldenburg 80 (110), Mecklenburg 42 (63), Preußen 41 (65), und sonstwo 5 (7). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 251 (273), Arbeits- und Dienstvertrag 303 (330), bürgerliches Recht 456 (522), Strafrecht 96 (122), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 137 (150), Arbeiterbewegung 23 (24), Privatversicherung 14 (12), Handels- u. Gewerbesachen 6 (11), Verschiedenes 13 (20). Von den Auskünften machten 215 (242) die Anfertigung von 304 (326) Schriftsätzen erforlich; außerdem gingen aus 30 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 159 (179) Postsendungen. Der 6. Novbr. zeigte mit 83 (85) die höchste, der 10. November mit 37 (42) die niedrigste Besucherzahl.

„Ein Herz und eine Seele" sollen nach der „Freis. Ztg." in Lübeck Reaktionäre und Sozialdemokraten sein. Auch das „Berl. Tageblatt" fällt auf den Blödsinn hinein. Und all diese Vernunftverrenkungen um eine Knackwurst! Wie kann man sich nur so lächerlich machen!

Das Ergebnis der diesjährigen Ernte. Nach den Ermittelungen des Statistischen Amts wurden im letzten Sommer auf den Hektar Anbaufläche geerntet: Winterweizen 51,28 (1910: 50,01) Zentner, Winter-Roggen 38,61 (34,70) Zentner, Sommer-Gerste 37,40 (39,49) Zentner, Hafer 33,70 (38,97) Zentner, Kartoffeln 270,77 (234,56) Zentner, Klee 54,75 (73,89), Bewässerungswiesen 49,88 (60,21) Zentner und andere Wiesen 56,77 (63,30) Zentner. Darnach ist die Kartoffelernte in diesem Jahre glänzend ausgefallen; man muß weit mehr als 10 Jahre zurückgehen, ehe man wieder auf eine gleich gute stößt. Und zwar gilt dies sowohl für die Menge als für die Beschaffenheit der Knollen; während das Vorjahr 9,14 Proz. kranker Knollen aufwies, ließen dies Jahr nur 0,27 Proz. zu wünschen übrig. Von Roggen und Weizen ist auch mehr geerntet als im Vorjahr. Die Sommergetreideernte blieb dagegen gegen 1910 zurück; besonders hat der Ertrag des Hafers sich verschlechtert. Die Futterernte endlich war gering; fast alle in Betracht kommenden Fruchtarten haben infolge des andauernd trockenen Wetters erheblich weniger als 1910 eingebracht.

Wegen Unterschlagung wurde dieser Tage ein Uhrmacher verhaftet. Wir werden von interessierter Seite ersucht, darauf hinzuweisen, um Irrtümer zu vermeiden, daß es sich um W. Schw. in der Beckergrube handelt.

Gefundene Gegenstände. Im Monat November d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert (angemeldet) und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies, sowie Handtaschen mit und ohne Inhalt, eine Brosche mit Granaten, zwei Dublee-Broschen, eine Brille, zwei Dublee-Kneifer, eine Perlenkette, mehrere Damen- und Herrenschirme, eine Damenbluse, zwei Damengürtel, eine Kinderjacke, ein schwarzer steifer Herrenhut, ein Musterbuch für Westenstoffe, ein Karton mit Gummisaugern, Glasröhren und Farben, eine Dose Heringe in Gelee, eine Peitsche und eine Militärdienstauszeichnung Art.-Regt. 15.)

pb. **Wer ist der Eigentümer?** Von einem hiesigen Uhrmacher wurden in der Zeit vom 4. bis 14. vor. Mts. bei einem hiesigen Pfandleiher nachbezeichnete Uhren verpfändet: 1 silberne Savonette-Herrenuhr, im Vorderdeckel steht innen „Ancre 15 Rubis silber Cavette" Fabriknummer 15 695, 1 silberne Savonette-Herrenuhr, Deckel in Muschelform ohne Glas, im Deckel steht „Anker Cronometer 70 551, 1 silberne Damen-Rementoiruhr mit Goldrand, Fabriknummer 5411. Die Eigentümer der Uhren werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei, Schüsselbuden 16, zu melden.

pb. **Eigentumsvergehen.** In der Nacht vom 2. zum 3. d. M. ist aus einem Vereinslokal eine schwarze Krepp-schärpe mit Silberfransen, sowie drei blaue Schärpen und drei blaue Rosetten gestohlen worden. — In der Zeit vom Sonnabend, dem 2., bis Montag, den 4. d. M., sind aus einer Kiste, die auf einem, bei der Kaffeebude hinter der Drehbrücke stehenden Rollwagen gelegen hat, folgende Sachen gestohlen worden: Lichtapparate, Räderwerk aus Eisen, feinere Maschinenteile, ein Kasten für einen Kopierapparat.

pb. **Festgenommen** wurden: Ein Arbeiter aus Erfurt auf Grund steckbrieflicher Verfolgung der hiesigen Staatsanwaltschaft, ferner ein Arbeiter von hier, der bei einem hiesigen Wild- und Geflügelhändler zwei Tauben gestohlen hatte.

Volkskonzert. Entgegen früherem Brauche hat der Lehrer-Gesangverein sein Volkskonzert am Sonntag, dem 10. Dezember diesmal nicht lediglich auf das Volkslied beschränkt. Was an größeren und kleineren Chören geboten wird, ist eine sorgfältige Auswahl der Lieder, die den Sängern und den Hörern in den letzten Jahren besonders ans Herz gewachsen sind. Dazu gehören Beckers „Choral von Leuthen, Robert Schumanns einzig schönes „Die Rose stand im Tau", Klughardts Landsknechtslied „Kamerad, komm!", Koschats gemütvolles „D'Hoamkehr", Karl Schauß fein humoristisches „Die Spinnerin" und Franz Wagners „Dorfreigen" mit seinem zierlichen Ländlerrefrain. Wer guten Männergesang gern hört, kommt in diesem Konzert gewiß auf seine Rechnung. In Frau Nissen vermittelt der Verein dem Publikum die Bekanntschaft mit einer ausgezeichneten Klavierspielerin. Die Künstlerin spielt drei Sachen von Chopin und Rubinstein. Herr Bähnke singt Lieder für Bariton, darunter Loewes herrlichen „Tom der Reimer", Samberts „Am Meer", Schumanns „Es geht bei gedämpfter Trommelklang", unseres Landsmannes Grammann „Nun schließe mir die Augen" und Kompositionen von Dowell. Der billige Preis von 30 und 50 Pfg. ermöglicht jedemden Besuch des Konzertes. Karten sind in der Redaktion des „Lübecker Volksboten" sowie in der Musikalienhandlung von F. W. Kaibel, Breitestraße 40, erhältlich.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, geht bei kleinen Preisen die reizvolle Operette „Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß in Szene. In den Hauptpartien sind die Damen Kruse-Tiburtius, Renne, Arkady, sowie die Herren Kollwitz, von Schenck, Langefeld, Schorn, Pauly beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Direktors Fuchs, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blumann. — Am Donnerstag erscheint Ernst Hardt packendes Drama „Tantris der Narr" zum letzten Male auf dem Spielplan. — In Vorbereituug befindet sich die Lustspiel-Novität „Mein erlauchter Ahnherr" von Alfred Schmieden.

Schönberg. Liberalismus, Bund der Landwirte und Sozialdemokratie. Eine namentlich von Arbeitern äußerst stark besuchte Wählerversammlung, einberufen von den Liberalen, tagte am Montag im Boneschen Saale. Der Referent Fellgiebel mußte sich gegen rechts und links verteidigen. Seitens des Bundes der Landwirte rückten ihm Herr Oldenburg und der frühere Sozialdemokrat Harms, der heute konservativ geworden ist, auf den Leib, während für unsere Partei Genosse Kasch mehrfach in die Debatte eingriff, die sehr interessant war und die Hörer bis nach Mitternacht fesselte. Der Liberalismus hat keine Seide gesponnen, während die Sozialdemokratie, wie allgemein anerkannt wurde, vorzüglich abschnitt. Die Arbeiter waren zum Teil stundenweit von den Dörfern herbeigeeilt, um dem Kampf der Meinungen beizuwohnen.

Hamburg. Bebel in Hamburg. Am Sonntag sprach im ersten Hamburger Wahlkreise Genosse Bebel vor etwa 4000 Personen über die kommenden Reichstagswahlen. Der Redner unterzog, ausgehend von der allgemeinen weltpolitischen Lage, die deutsche Kolonial- und Rüstungspolitik einer außerordentlich scharfen Kritik und zeigte, welche Torheit es für Deutschland sei, sich wegen Marokko, mit welchem Lande wir nur einen geringen Handelsverkehr haben, in einen Krieg mit Frankreich oder England zu stürzen. Welche Bedeutung das Geschrei habe, das die deutschen Industriellen im Hinblick auf die Erzlager in Marokko anstimmten, werde am besten durch die Tatsache illustriert, daß in dem neuen Schiffahrtsabgabengesetz die Regulierung der Mosel und anderer Flüsse, die Gegenden mit starken Erzlagern aufschließen, nicht vorgesehen sind. Die gewaltigen Ausgaben für die Rüstungspolitik, die auf den Kopf der Bevölkerung etwa 25 Mk. ausmachen, seien die eigentliche Ursache des kolossalen Anwachsens der deutschen Reichsschulden. Da aber alle Ausgaben des Reichs durch indirekte, den Massenverbrauch belastende Steuern aufgebracht werden, so bedeute Rüstungspolitik zugleich Lebensmittelteuerung und jede Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze habe erhöhten Steuerdruck unbedingt zur Folge. Der Redner besprach dann die Reichsfinanzreform und wies auf die wichtigen, die Volksmassen interessierenden Fragen hin, die den nächsten Reichstag beschäftigen werden. Es müsse vor allem mit der Vorherrschaft der kleinen, aber politisch einflußreichen Clique aufgeräumt werden, die jetzt das deutsche Volk ausbeute und entrechte. Das Anwachsen der Sozialdemokratie sei notwendig bedingt durch die zunehmende Industrialisierung Deutschlands. Sie werde schließlich auch die großen Massen der Angestellten in unsere Reihen hinüberdrängen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, den Gegnern der Sozialdemokratie die Lust zu weiteren Siegen zu versalzen und dafür zu sorgen, daß am 12. Januar wieder die rote Fahne über Hamburg wehe.

Harburg. Zusammenstoß zweier Güterzüge. Amtlich wird gemeldet: Montag vormittag 5½ Uhr hat der Güterzug 6447 das auf „Halt!" stehende Einfahrtsignal auf dem Rangierbahnhof Harburg überfahren und ist auf den im Geleise 18 stehenden Güterzug 9325 aufgefahren. Vom Personal des Zuges ist ein Bremser schwer verletzt worden. 13 Wagen sind entgleist, sechs davon erheblich beschädigt, der Materialschaden ist bedeutend. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Bei dieser Untersuchung möge vor allem die Eisenbahnbehörde darauf achten, festzustellen, ob es wahr ist, was uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, daß nämlich die Bremser des einfahrenden Zuges seit 23 Stunden ununterbrochen im Dienst gewesen sind. Wenn das richtig ist, braucht man nach Schuldigen nicht mehr zu suchen. Dann gehört die Verwaltung, die solche übermenschliche Dienstleistung angeordnet hat, auf die Anklagebank.

Oldenburg. Die Kommunahlwahlen im Herzogtum haben sich diesmal zu einer Phalanx der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie gestaltet. Fortschrittler, Nationalliberale und Bündler vereinigten sich zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Diesem Umstande ist es denn zuzuschreiben, daß eine Reihe Mandate für die Partei verloren gingen, dazu kommen die für die Arbeiter ungünstigen Bestimmungen der Gemeindeordnung mit ihrer dreijährigen ununterbrochenen Ansässigkeitsdauer und der Bestimmung, daß für die Zeit Steuern gezahlt sein müssen. In Osternburg, wo die Genossen zweimal hintereinander gesiegt hatten, unterlagen wir diesmal, trotz Vermehrung unserer Stimmenzahl, ebenso gingen die Mandate in Nordenham und Einswarden-Blexen verloren, ebenfalls trotz Steigerung unserer Stimmenzahl. Die Gegner hatten mit den verwerflichsten Mitteln gekämpft und nahezu den letzten Mann auf die Beine gebracht. In Delmenhorst, wo die Verhältniswahl mit verbundenen Listen zur Anwendung kommt, erlangten wir die höchste Stimmenzahl. In einer ganzen Reihe anderer Orte, wo unsere Genossen sich beteiligten, hatten wir fast überall eine Stimmenzunahme zu verzeichnen, in einigen Orten gelang es auch Mandate zu erobern. Das Gesamtbild der Kommunalwahlen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Sozialdemokratie überall Stimmenzunahmen zu verzeichnen hatte, wenngleich es nur in wenigen Fällen gelang, Mandate zu erobern. Die Bürgerlichen haben bei diesen Wahlen sich in einer solchen Stärke an den Wahlen beteiligt, wie noch niemals, dennoch ist ihr Vorsprung an Stimmen in den für uns in Betracht kommenden Orten kein sehr erheblicher.

Aus der Partei.

Die Gemeindewahlen in Württemberg, die am 1. Dezember begannen, haben schöne Erfolge gebracht. In Eßlingen eroberte die Sozialdemokratie, die mehr als die Hälfte aller Stimmen erzielte, mit dem Proporz drei neue Mandate. Damit hat unsere Partei wie im Bürgerausschuß nun auch im Gemeinderat die Hälfte aller Sitze inne. Auch in der Militär- und Kleinbürgerstadt Ludwigsburg wurde ein Gemeinderatsmandat erobert. Auch in Kornwestheim wurden 2 Mandate erobert.

Paul und Laura Lafargues Begräbnis. Zu einer großartigen Leichenfeier gestaltete sich das Leichenbegängnis des Ehepaares Lafargue, das am Sonntag in Paris vom Hause der sozialistischen Partei in der Rue de la Corderie aus stattfand. Gegen 1 Uhr begann der Aufmarsch der Arbeitergruppen und der Delegierten Frankreichs und des Auslandes. In Vertretung der deutschen Sozialdemokratie war Genosse Karl Kautsky erschienen. Die englischen Sozialisten hatten Keir Hardie entsendet; das Internationale Sozialistische Bureau vertrat unser belgischer Genosse Anseele. Selbstverständlich hatte sich die sozialistische Gruppe der französischen Kammer unter Führung Jaures nahezu vollzählig eingefunden. Zahlreiche Kränze mit roten Schleifen wurden auf den Särgen niedergelegt. Gegen ½2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Hinter den Särgen folgten die Familienangehörigen, dann die Vertreter des Auslandes und der verschiedenen sozialistischen Gruppen. An dem Zuge nahmen etwa 20000 Arbeiter teil, nach ihren Gewerkschaften und Parteiorganisationen geordnet. Am Grabe sprachen die verschiedenen Delegierten, unter ihnen Kautsky im Namen der deutschen Sozialdemokratie.

Standesamtliche Nachrichten

vom 26. November bis 2 Dezember 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

24. November. Metalldreher H. A. W. H. Bruse. Arbeiter Ed. H. H. Paap. 25. Arbeiter J. H. F. Jabs. 26. Tischler und Makler E. C. G. Stegemann. 27. Arbeiter H. J. J. Stieger. Metallarbeiter J. H. M. Prüßmann. 28. Müller Cl. H. Beckmann. Buchdrucker F. A. Barteleit. 30. Schlosser A. C. G. Wülknitz.

2. Dezember. Kaufmann H. F. Chr. Schwensen. Müller H. J. F. Dettmann. 2. Arbeiter J. F. F. Scharsack.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

20. November. Tischler N. F. W. Strohfeldt. 21. Zimmermann F. Riemer. 22. Lagermeister J. P. C. Tetens. Arbeiter A. J. F. Ruhdel. 23. Güterbodenarbeiter A. H. Schrade. Postbote P. H. Münter. 24. Friseur J. O. W. Geist. Ingenieur J. L. Cuwie. 25. Maurer W. Chr. J. Rathje. Stepper K. H. O. Pahl. 27. Städtischer Hausinspektor beim Stadttheater F. H. W. Scharf. 28. Vermessungsarbeiter W. H. Froh. Steinsetzer W. P. O. Krohn. 29. Gärtner A. F. H. C. Lorenz. Eisendreher J. F. F. Buck.

1. Dezember. Blechdrucker J. J. L. W. Badstein. Feuerwehrmann F. A. Szegunn.

Angeordnete Aufgebote.

27. Versicherungsbeamter A. J. M. Bethge und A. K. A. Möller. Schmied W. H. A. Schultz in Kiel-Gaarden und M. B. A. Wulf. Bureauchef F. W. Schramm in Hamburg und L. F. H. Schmidt. 28. Maurergeselle O. K. W. Brandt in Roggenstorf und A. A. Posdziech in Freythen. Eisenbahnwagenschieber C. F. E. H. Mardfeldt und M. M. J. F. Ketelhohn. Handlungsgehilfe K. M. W. L. Karsten und E. D. Prien in Kiel. 29. Arbeiter J. K. W. Meyer und Witwe S. J. M. Friedrichs geb. Rockfüen. Lagerhalter J. K. Chr. W. Funk und M. Chr. W. Kohlhaase, beide in Schlutup. Buchhalter G. R. Theuerkauf und Witwe K. D. Blunck geb. Hammerich. Schlachter O. H. F. J. Fischer und A. D. Kahlf. Möbeltransporteur P. F. M. Weinreich und A. R. Vorrath. Lagerverwalter A. K. H. H. Howe und D. H. L. Trost. 30. Arbeiter J. Kubzik und W. Christofzik, beide in Lyck. Arbeiter F. H. F. Rebien und P. K. M. geschiedene Faßmann geb. Brusch.

1. Dezember. 1. Straßenbahnwagenführer R. W. H. H. Krakow und K. D. M. L. Burmeister in Falkenhusen. Fleischbeschauer H. F. Nau und B. M. A. Röhrs. 2. Schweizer P. H. Theurich und B. E. Chr. Stormer, beide in Warnsdorf. Bureauassistent H. J. A. Hamester in Neumühlen-Dietrichsdorf und N. S. W. Rathje in Kiel. Bureaugehilfe J. E. H. G. A. Ruge und A. E. Ludolphi in Mülheim an der Ruhr. Handelsmann J. K. H. Oelfke und L. K. M. K. Mustin.

Eheschließungen.

28. November. Kaufmann J. F. F. Badengoth und M. G. A. Müller in Lauenburg in Pommern. Handlungsgehilfe H. M. G. Dedow in Wismar und E. K. H. S. Mewe. Seemaschinist H. Chr. Claudius und E. F. Klatt. Gärtner H. G. W. Beitel und L. A. A. Strunck.

2. Dezember. Arbeiter H. R. F. Th. Hilmer und Witwe M. S. M. Ziethen geb. Masch. Arbeiter J. H. F. Behnke und E. K. D. Hamm in Stubben. Maurer O. F. L. Plähn und M. S. E. Faber in Wöbbelin. Schiffsanstreicher K. W. H. Peters und K. M. E. Koop. Handlungsgehilfe H. J. W. Wieg und L. Rötgert. Bauarbeiter H. W. Heß und A. Morysiak.

Sterbefälle.

25. November. Arbeiter G. J. J. Oldorf, 66 J. C. E. M. geb. Schmalfeldt, Witwe des Arbeiters J. F. F. Dennemeyer, vorher verw. Groth, 75 J. C. M. D. geb. Muß, geschiedene Ehefrau des Buchbinders R. A. Droß, 75 J. 28. Privatmann J. H. Beckmann, 78 J. Architekt F. A. G. C. Hahn, 51 J. E. C. geb. Stegemann, Witwe des Arbeiters J. F. Harms, vorher geschiedene Bahr, 56 J. M. K. M. Lund, 20 J. 27. Schlachtermeister J. L. F. Wichmann, 43 J. A. M. Ch. geb. Schuhmacher, Witwe des Arbeiters J. H. P. Pünger, 77 J. Arbeiter J. H. Th. Jürß, 61 J. H. Musial, 31 J. 28. J. L. K. Bremer, 1 J. J. L. H. geb. Fick, Ehefrau des Zimmermeisters F. J. H. Schwarz, 58 J. A. W. Bienkowski, 17 T. S. Ch. M. C. geb. Bohnsack, verw. Rathmann, 77 J. Arbeiter G. C. Ch. Käselau, 47 J. Schuhmacher O. R. Th. Krüger, 39 J. 29. H. Lohse, 8 M. W. C. E. Stooß, 10 J. O. P. Tolius, 1 J. H. L. D. geb. Spitzbarth, Witwe des Dienstmannes C. H. A. Wulfram, 72 J. G. K. M. Haack, 8 M. 30. H. Ch. W. H. Blohm, 2 J. Arbeiter J. H. A. Ehlers, 66 J. Maler E. J. G. Harder, 20 J.

1. Dezember. H. School, 2 M. G. Kalinsky, 2 T. 2. A. M. E. geb. Bliebenich, Witwe des Eisenbahnbeamten J. J. H. Maack, 77 J.

Briefkasten.

Ein Neugieriger. Andrees Ballon ist noch nicht gefunden. — Wegen des Propellerholzes wenden Sie sich wohl vertrauensvoll an den Vorsitzenden des Vereins für Luftschiffahrt, Herrn Möller, i. F. Holm u. Wonsild. In der Sache sind wir wirklich keine Fachleute.

C. S. 95. Der Mann hat in dem Falle zu entscheiden; hoffentlich handelt er aber im Einverständnis mit seiner Frau. Das ist immer die beste Lösung.

Quittung.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:

Vom Kassierer des Gewerkschaftskartells	300	Mk.
Vom Verband der Schuhmacher	20	„
„ „ „ Böttcher	20	„
„ „ „ Buchbinder	20	„
bereits quittiert	380	„
Summa	740	Mk.

Die Kartellkommission.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Total-Ausverkauf

unserer

Knaben-Konfektion

wegen Aufgabe des Artikels.

Wir haben die noch vorhandenen **Restbestände** in

Knaben-Anzügen

für das Alter von 2—12 Jahren,
welche durchweg aus guten blauen Kammgarn-, Cheviot- u. mel. Winterstoffen bestehen und aufs beste verarbeitet sind,

nochmals bedeutend im Preise herabgesetzt
und verkaufen ohne Rücksicht auf den Wert

Serie I pro Stück 3⁵⁰ M. — Serie II pro Stück 4⁷⁵ M.
Serie III pro Stück 6⁷⁵ M. — Serie IV pro Stück 8⁷⁵ M.

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39-41.

Die Ursachen der heutigen Teuerung

werden verschieden erklärt. Sicher ist, dass die sparsame Hausfrau sich heute möglichst einrichten muss. Statt der teuren Butter wählen sie unsere erstklassigen Margarine-Spezialitäten

„Unser Ruhm“
und **„Rowitt“**
oder unsere feinste Pflanzenbutter-Margarine
„Herba“

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmackes und ihrer Bekömmlichkeit von bester **Meiereibutter** kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich **billiger.**

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München — Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Schnuckschen-Photographien
von Mk. 2.00 an.
Atelier Lubeca, Breite Str. 13.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Versammlung

am Mittwoch, 6. Dez.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Der Vorstand.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 6. Dez.
abends 8 Uhr
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Spar-Klub Elbe-Trave-Kanal.

Generalversammlung
am Mittwoch, den 6. Dezember,
abends 9 Uhr. — Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. D. Vorst.

Achtung!
Deutscher

Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 6. Dez.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Ref.: Gen. Bromme.
2. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Der Zweigvereinsvorstand.

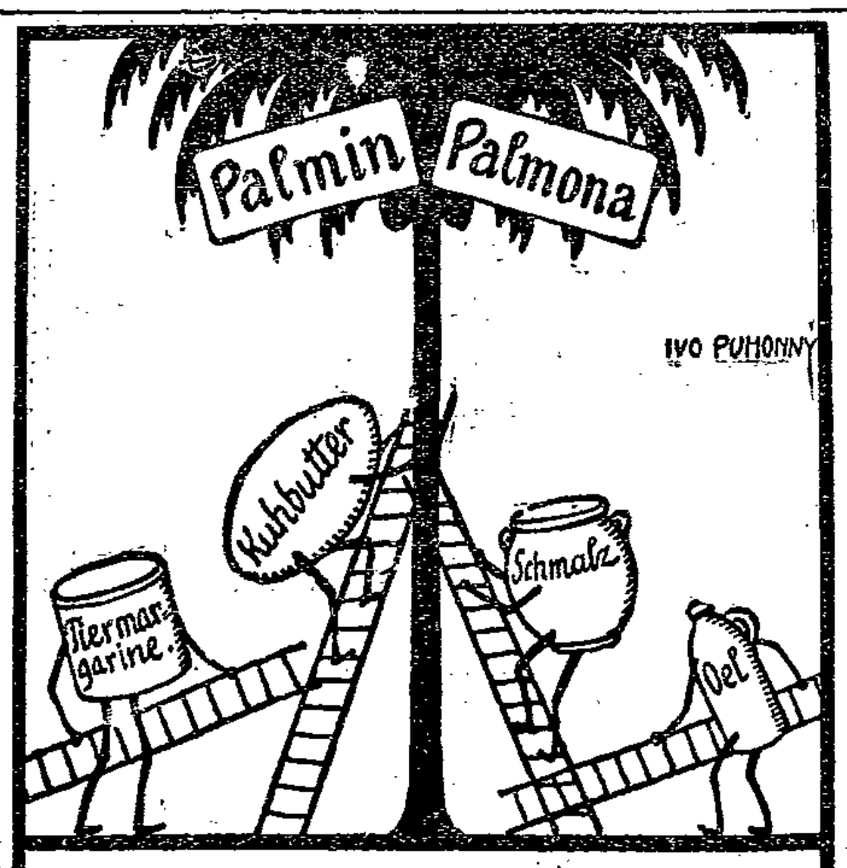
Lübecker Lehrer-Gesangverein.

Volkskonzert

am Sonntag, 10. Dezember
abends 8 Uhr
im KOLOSSEUM.
Solisten: Frau **H. Nissen** (Eutin) Klavier
Herr **Fr. Bähnke,** Bariton
Eintrittskarten à 30 Pfg. in der Redaktion des „Volksboten“.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 6. Dezbr. Abds. 8 Uhr.
Außer Abonnement.
Bei kleinen Preisen!
Der Zigeunerbaron.
Operette von Joh. Strauß.
Donnerstag, 7. Dezember. 7½ Uhr.
Tantris der Narr.
Drama von Ernst Hardt.
Vorläufige Anzeige.
Montag, den 11. Dez. 7½ Uhr.
Einmaliges Ensemble-Gastspiel
d. Deutsch. Schauspielh. Hmbg.
unter persönlicher Leitung des
Herrn Dr. Carl Hagemann.
Zum 1. Male! Neu!
Totentanz.
Drama von August Strindberg.



Sie kommen nicht so hoch hinauf

in der Gunst des Publikums wie **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr einbürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch als Brotaufstrich. — Das beweisen am besten die zahllosen Nachahmungen, die gewiß ein beredtes Zeugnis ablegen für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

NB. Palmin jetzt auch „weich“ (schmalzähnlich) zu haben.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 284. Dienstag, den 5. Dezember 1911. 18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 4. Dezember 1911.

216. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wermuth.

Petitionen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen, von denen eine große Anzahl debattelos nach den Beschlüssen der Kommission erledigt werden. So wird eine Petition auf Einschränkung der weiblichen Bedienung in Gastwirtschaften als Material überwiesen, dagegen über sie, so weit sie ein generelles Verbot fordert, zur Tagesordnung übergegangen. Petitionen betr. Regelung der Dienst- und Ruheverhältnisse des Eisenbahnpersonals werden zur Berücksichtigung und, soweit sie reichsgesetzliche Regelung verlangen, zur Erwägung überwiesen. Als Material wird überwiesen eine Petition auf Ausdehnung der Gewerbeordnung auf Gärtnereien.

Über eine Petition betr. Einführung eines

Schutzzolls auf frische Fische und Heringe

beantragt die Kommission Übergang zur Tagesordnung.

von Treuenfels (K.) beantragt Überweisung als Material mit Rücksicht auf den Rückgang der Seefischerei.

Schwartz-Lübeck (SD.) wendet sich im Interesse der kleinen Fischer gegen den Antrag, der darauf abgelehnt wird.

Es folgt die zweite Lesung der

Ostafrikanischen Eisenbahnvorlage.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die Zeitungsberichte über die Erklärungen der Regierung in der Budgetkommission zum Stand unserer Reichsfinanzen waren sämtlich ungenau. (Hört, hört! b. d. Schwarz-Blauen.) Es sind ungünstige Darstellungen über den Etat von 1912 verbreitet worden. Dem gegenüber muß ich erklären, daß wir Aussicht haben, die Gesundung unserer Reichsfinanzen eher zu erreichen, als wir erwartet haben. (Beifall rechts und im Zentrum. — Zurufe links: Abwarten! Wahlrede!) Unsere Anleihen sind ja auch wieder gestiegen. (Erneuter Zuruf links: Wahlrede!) Nein, das ist keine Wahlrede, sondern eine Verwahrungsrede gegen Preßangriffe. Wir haben keine neuen Anleihen aufzunehmen brauchen und haben an die Schuldentilgung denken können. Hoffentlich hält diese Entwickelung auch 1912 an. Genau weiß ich dies natürlich nicht. (Gr. Heiterkeit und Aha!-Rufe links.) Die Finanzen befinden sich auf gutem Wege. (Erneute Heiterkeit links.) Wir müssen nur mit Konsequenz an den bisherigen Grundsätzen festhalten. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen diese Vorlage hier. (Wiederholter Beifall rechts und im Zentrum — Lachen und Zurufe links: Solche Komödie!)

Erzberger (Z.): Wir werden für die Vorlage stimmen, nachdem unsere Bedenken in der Kommission zerstreut worden sind. Wir begrüßen die Erklärung des Staatssekretärs. Die Wahrheit über die Wirkungen der Reichsfinanzreform wird doch einmal siegen. Daß die Gesundung unserer Finanzen, die wir erst für 1915 oder 1916 erwarteten, schon 1910 eingetreten ist, sollten doch auch die Herren von der Linken mit Freuden begrüßen. (Bravo! im Zentr. und rechts.)

Dr. Paasche (NL.): Selbstredend freut sich auch die Linke über die Lage der Finanzen. Aber zu einem Loblied auf die Reichsfinanzreform liegt kein Grund vor. Die Besserung der Finanzen geht auf die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurück und wäre auch ohne Finanzreform eingetreten. An unserem Urteil über die unsoziale Finanzreform wird dadurch absolut nichts geändert. (Beifall links.)

Gothein (FVp.): Auch wir stimmen für die Vorlage. Die Rede des Schatzsekretärs ist bei den Haaren herbeigezogen. Sitzen die Haarkünstler nun auf der Bundesratsestrade oder im Zentrum? (Heiterkeit.) Das mehrere Millionen Steuern einkommen würden, hat niemand bestritten, aber wie steht es mit den Einzelsteuern? Die Tabaksteuer bringt 30 statt 15, Kaffee und Theezoll bringt 14 statt 37 Millionen. Beim Bier beträgt der Ausfall 41 Millionen, trotz des heißen Sommers mit dem großen Durst (Heiterkeit), bei den Streichhölzern 11 Millionen. Das Zentrum hat sich eben verrechnet: Religion gut, Kopfrechnen schwach. (Heiterkeit links, Unruhe im Ztr.). Statt 420 Millionen sind nur 230 Millionen eingekommen (Hört! hört! links.) Der große wirtschaftliche Aufschwung besteht nur in der Phantasie der Mehrheit und soweit eine Besserung zu konstatieren ist, ist sie nicht auf die neuen Steuern zurückzuführen. Eine gesunde Finanzlage ist vor den Wahlen immer da. (Heiterkeit.) Eine Gesundung der Finanzen durch eine ungesunde Finanzreform ist keine Gesundung für das Volk. (Beifall links.)

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die Zahlen des Abg. Gothein müssen jeden Christenmenschen mit Grausen erfüllen. (Heiterk.) 230 Millionen soll die Finanzreform gebracht haben? Schon im ersten Etatsjahre waren es über 293 Millionen. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Das ist doch ein recht gutes Ergebnis. Wir sind aus unserer Finanzderoute glücklich heraus, aber vor jedem Triumphieren möchte ich meinerseits wenigstens dringend warnen. (Beifall rechts und im Zentr.)

Zietsch (SD.): Die Herren von der Rechten haben ein sehr großes Bedürfnis, sich von der Regierung die Vortrefflichkeit der Reichsfinanzreform bescheinigen zu lassen. Herr v. Bethmann hat sie am 10. November d. J. auf den Kopf geschlagen und so muß denn Herr Wermuth als Eideshelfer dienen. Das ganze Gerede läuft schließlich nur darauf hinaus, daß etwas mehr auf Grund der neuen Steuern eingelaufen ist, als man gedacht hat. Darüber und über die eigentlich selbstverständliche Tatsache, daß neue Schulden nicht gemacht werden brauchen, ist man jetzt des Lobes voll. Angesichts der fünf Milliarden Schulden sollte man doch etwas vorsichtiger mit dem lauten Lob sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir würden uns sehr freuen, wenn Herr Wermuth mit Konsequenz an den Grundsätzen der Sparsamkeit festhalten wollte. Aber wir hören die Botschaft wohl; doch fehlt uns der Glauben. Wer steht uns auch für die

Nachfolger des Herrn Wermuth?

Jetzt ist Herr Wermuth entzückt von der rosigen Lage der Finanzen. Damals klang es anders aus seinem Munde, als wir die Abschaffung der Zündholzsteuer verlangten. Vor den Wahlen klingt es immer gut, aber nach Tisch liest man es anders. Vor den Wahlen von 1907 erklärten auch der damalige Schatzsekretär v. Thielmann und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit den heiligsten Eiden, daß sobald keine neuen Steuern nötig seien. Also Mißtrauen ist im höchsten Grade geboten. Schon rufen die Nationalen, auch die Nationalliberalen, nach neuen Militär- und Flottenvorlagen und wohl nicht lange wird die Regierung zögern, diesen Wünschen zu entsprechen. Und dann wird aufs neue der

Kampf um die Deckung

entbrennen. Die Erbschaftssteuer ist noch nicht begraben, sie wird dann auftauchen und wir hoffen, daß der nächste Reichstag ein anderes Gesicht zeigen wird. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Was nun diese Vorlage betrifft, so sind wir

für die Ugandabahn,

weil es sich um den Ausbau einer bereits bestehenden Bahn handelt und weil die Einnahmen der Bahn Deckung der Kosten in Aussicht stellt. Dagegen lehnen wir die Zentralbahn ab. In Deutschland stockt vielfach der Eisenbahnbau und Flußregulierungen erklärt man nicht ohne

Schiffahrtsabgaben

vornehmen zu können. Da sehen wir keinen Grund, 120 Millionen für afrikanische Bahnbauten auszugeben. Wir sind gewiß für eine gesunde Verkehrspolitik; doch möge sie in der Heimat anfangen. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Arendt (Rpt.): Wir treten für die Vorlage ein. Die Ausführungen des Vorredners waren eine Wahlrede. (Zurufe links: die Reden des Schatzkanzlers etwa nicht!) Mit Verlogenheit wird im Lande gegen die Reichsfinanzreform gearbeitet. Herr Gothein leugnet sogar den wirtschaftlichen Aufschwung, auf den doch Herr Paasche die Vermehrung der Einnahmen zurückführt. Was ist nun richtig? Wir haben den Aufschwung bekommen infolge der Reichsfinanzreform. (Stürmisches Lachen links.) In welche Kalamitäten infolge der Auswärtigen Politik wären wir ohne Reichsfinanzreform gekommen. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Zündholzsteuer gebe ich übrigens preis.

Die Sozialdemokratie hat für die Erbschaftssteuer in zweiter Lesung gestimmt, ob aber auch in dritter Lesung? Das Wort vom Familiensinn stammt übrigens von Herrn Paasche. (Hört, hört! rechts.) Ich begrüße die gegenwärtige Bahnvorlage, die auch unmöglich gewesen wäre ohne Reichsfinanzreform. (Beifall rechts.)

Erzberger (Z.): Herr Gothein ist mit seiner Haarkünstlerrede (Heiterkeit) jämmerlich reingefallen. Keine neue Steuer bringt gleich im ersten Jahre den vollen Ertrag.

Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Der Schatzsekretär war das Karnickel, das angefangen hat. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) In der Kommission hat Herr Erzberger der Presse der Linken schamlose Verlogenheit vorgeworfen. Blicke er nur in seine Zentrumspresse. (Stürm. Zusti. links.) Der Schatzsekretär hat seine Rede gehalten

im Auftrage des schwarz-blauen Blocks.

(Sehr richtig! links.) Die Zahlen des Schatzsekretärs sind nur Mutmaßungen, die Zahlen Gotheins stehen für 1910 fest. (Hört, hört! links.) Es ist ein Märchen, daß wir 400 Millionen an indirekten Steuern haben bewilligen wollen. Der Mehrheit stehen bei der Reichsfinanzreform nicht einmal mildernde Umstände zur Seite, denn sie handelte aus krassem wirtschaftlichem Egoismus. (Beifall links.)

Bebel (SD.): Diese Verhandlungen machen ja den Eindruck einer ziemlich stürmischen Wahlversammlung und auch die Regierung beteiligt sich daran. Der Vorwurf der

Wahlmache,

den der Reichskanzler Herrn v. Heydebrand machte, gilt auch für die Rede des Schatzsekretärs. (Zust. links.) Seine Rede hatte mit der Tagesordnung nicht das geringste zu tun. Wenn er aber nun einmal uns Aufschluß geben wollte über unsere Finanzen, dann hätte er uns auch sagen müssen, aus welchen Quellen die Mehreinnahmen gekommen sind. (Sehr richtig! links.) Aber das wird ja erst der nächste Reichstag erfahren. Wenn die Finanzlage wirklich so günstig ist, warum sind dann die paar Millionen für die armen Tabak- und Zündholzarbeiter, die Herabsetzung der Altersgrenze für Invaliden, die Erhöhung der Löhnung für die Soldaten und eine Unterstützung der Wöchnerinnen, in der Reichsversicherungsordnung abgelehnt worden. (Hört, hört! links.) Dafür aber war kein Geld da und jetzt sollen wir auf einmal im Golde schwimmen. Hoffentlich zieht der nächste Reichstag die Konsequenzen daraus. Wir werden jedenfalls die Herabsetzung der Altersgrenze und die Aufhebung der drückendsten Steuern beantragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Für uns ist bei der ganzen Reichsfinanzreform die Hauptsache, daß die Ärmsten der Armen ihre Lasten zu tragen haben. Darauf kommt es an. Wenn das jetzt bestätigt wird durch die Steigerung der Einnahmen, dann ist das nur Wasser auf unsere Mühle. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir werden niemals indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel bewilligen. (Bravo! bei den Soz.) Der Reichsschatzsekretär hätte uns bei seiner Schilderung der guten Finanzlage auch nicht verschweigen sollen, daß schon mindestens drei Ressorts ihre Hände aufhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er hat kein Wort gesagt von der neuen Flotten- und Militärvorlage, die so sicher kommen

---

Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Was meinst Du zu einer alten, gesetzten Haushälterin?" fragte ich vorsichtig. Du brauchst doch jemand, der Dir den Kram in Ordnung hält und es Dir ein bißchen gemütlich macht, Strand. Du solltest doch auch Deine Mahlzeiten zu bestimmten Stunden einnehmen und . . na, auf die Dauer kann sich doch ein Mann nicht allein behelfen."

„Na, Du bist gut . . . nicht behelfen? Hast Du gehört, was mein Bruder sagte, als seine Frau zum zweiten Male Drillinge kriegte? Das ist 'ne Geschichte, die muß ich Dir erzählen. Es war vor mehreren Jahren in Gothenburg, wo er wohnte. Ich war auf 'ner Stippvisite in Schweden und ging denn natürlich nach Jonas rauf, um guten Tag zu sagen. Aber ich kam vertrackt ungelegen, sie erwarteten jeden Augenblick Familienzuwachs, und unter solchen Umständen ist einer gerade nicht für Besuche empfangen aufgelegt, und wenn's auch die leiblichen Brüder und Schwestern sind. Na, um Jonas bißchen aufzumuntern, nahm ich ihn beiseite, und wir setzten uns in ihre Mädchenkammer, Du kannst nicht glauben, wie wir Mannsleut' bei solcher Gelegenheit im Weg sind. Wenn Du erst verheiratet bist, wirst Du auch schon dahinter kommen. Das Mädchen kriegte Order, uns zu wahrschauen und während wir warteten, machten wir uns jeder einen Grog. Ich kannte meinen Bruder, und um ihn bißchen aufzumuntern, wettete ich mit ihm, daß es diesmal ein Jung' werden würde. Na, als wir da so sitzen, kommt das Dienstmädchen angerannt und schreit: Herr Strand, es ist 'ne Dirn! Mein Bruder flucht 'n bißchen und sagte: „Ja so, wieder eine. Da müssen wir 'nen ordentlichen auf trinken." Na, und denn wollt' er nach der Schlafstube rein, aber ich beruhigte ihn doch wieder. Was soll ein Mann bei solcher Gelegenheit, er steht doch bloß im Weg. Und wir tranken noch 'nen Grog. 'ne halbe Stunde später kommt das Dienstmädchen wieder und schreit: „Herr Strand, es ist noch 'ne Dirn!" Mein Bruder sagte kein Wort, aber er ärgerte sich doch, daß es nie 'ne Abwechslung auf der Speisekarte gab; denn die er vorher hatte, waren auch lauter Dirns. — Na, er beruhigte sich, trank noch einen und blieb sitzen, bis das Schlimmste da drinnen überstanden wär'. Aber es war rein wie besessen, ungefähr nach Dreiviertelstunden kam das Mädchen wieder angerannt: „Herr Strand, es ist noch 'ne Dirn!" „Drei Stück mit eins!" schrie mein Bruder und wurde bös. „Hör' Karin, bestell' Madam, ich ließ ihr sagen, nu könnt's genug sein. Mit dem, was da ist, können wir uns fürs erste behelfen." — Und ich muß ihm recht geben, da konnt' sich einer mit behelfen."

„Ja, elf Mädchen; es sind doch elf?"

„Verlaß Dich auf, mein Jung! Elf Stück und keine einzige weniger."

„Das ist viel."

„Aber zum Henker, was schadet das denn eigentlich", rief Kapitän Strand plötzlich. Ich werd' eine, nein, drei Stück zu mir ins Haus nehmen, dann ist meine Schwägerin die Last los. Zum Kindermädchen pass' ich wohl nicht grad, aber hol mich der Deuwel, wenn ich die Dirns nicht zu ordentlichen Kerls machen will. Ich hab' meine Grundsätze — laß das Lachen bleiben, hörst Du — und die sind in gewisser Hinsicht nicht ohne."

Ich mußte daran denken, daß der Kapitän den Söhnen des Weinhändlers das Rauchen und Fluchen beigebracht, aber ich hütete mich, etwas darüber zu äußern.

Kapitän Strand sah eine oder zwei Minuten ungewöhnlich nachdenklich aus. Dann schnippte er mit den Fingern, schlug sich auf die Knie, pfiff grell und brach in ein lautes Lachen aus.

„'nee Idee, 'ne Idee! Was gibst mir dafür?" Er hielt mir den Zeigefinger, der ihm so teuer geworden, seitdem die kleine Anna der Waschfrau daran gelutscht, beunruhigend dicht vor den Mund — bis zur Nase reichte er mir glücklicherweise nicht — und machte einige Tanzschritte auf den staubigen Fliesen des Hausflurs. „Sie soll mir drei von ihren Dirns herschicken. Sie können sich gegenseitig in der Wirtschaft helfen, und auf die Art wird die Mutter die Sorge für diese Abteilung los. Sie muß es sich doch sauer genug werden lassen, ihre acht andern durchzubringen. Du bist ja 'n Schriftgelehrter, 'n Held von der Feder, hilf mir und schreib den Brief. Ja, ich kann natürlich auch 'nen feinen regelrechten Brief schreiben, wenn ich will. Du brauchst nicht so von oben runter auszusehen, aber hiermit hat es 'ne besondere Bewandtnis. Meine Schwägerin hat mächtig viel Stolz und Selbstgefühl und erlaubt keinem, daß er seine Nase in ihre Angelegenheiten steckt. Wenn ich ihr grad aus schreib', daß ich das tu', um ihr zu helfen, krieg ich mein Lebtag keine Antwort von ihr. Darum sollst Du schreiben und so tun, als ob es wegen mir ist, daß die Dirns kommen sollen. Auf so 'ne Fineß versteh ich mich nicht, ich sag immer grad zu, wie es ist. Sie soll eine von den Mittelsten schicken, die noch keinen Platz hat, und die beiden Jüngsten, die noch zu nichts zu gebrauchen sind, denn mit denen hat sie wohl die meiste Last."

„Reicht es nicht mit der Mittelsten?"

„Pfui, schäm' Dich, Du langer Rekel! Ich hab' drei gesagt, und weniger als drei Stück darf sie nich schicken. Setz' Dich nu hin und schreib'!"

Der Brief wurde geschrieben und abgeschickt. Und während der Kapitän auf seine drei Nichten wartete, unternahm er unter anderm etwas, worauf schwerlich jemand anders als er verfallen wäre.

„Unten im Flur ist 'ne Prügelei!" rief unser Mädchen und steckte den Kopf zur Wohnstubentür hinein.

Man brauchte nicht just mit prophetischem Geist ausgerüstet zu sein, um zu begreifen, daß Kapitän Strand einer der Kämpfer war. Ich griff nach meinem Hut und eilte die Treppen hinunter.

Und richtig, mitten in einem Kreise von Neugierigen von der Straße und vom Hof sprang der Kapitän herum und bearbeitete einen langen Kerl in Arbeiterkleidung mit den Fäusten. Daß Seeleuten im allgemeinen und Kapitän Strand im besonderen die Gabe eigen ist, Beträchtliches im Fluchen zu leisten, wußte ich vorher; aber bis zu welcher Fertigkeit es mein alter Freund in dieser Kunst gebracht, sollte ich erst jetzt erfahren. Hochrot vor Zorn, drosch der Kapitän auf den Gegner los, als ob er sein Lebelang nichts anderes getan, wobei die Flüche seinem Munde entströmten, wie einer Schleuse das Wasser. Lümmel und Halunk waren die gelindesten Schimpfworte, deren er sich indessen erst bediente, nachdem er alle kräftigeren Ausdrücke bereits ein halbes Dutzend Male gebraucht.

Das Merkwürdigste bei diesem Auftritt war jedoch nicht die Wut des Kapitäns, sondern die offensichtliche Furcht seines Widersachers. Der Mann, ein junger starker Maurer, verteidigte sich nicht, sondern beschränkte sich ausschließlich auf immerwährende Fluchtversuche. Die Stunde der Befreiung schlug ihm indes nicht so bald; erst als ein Hüter des Gesetzes herzukam und die Kämpfer trennte, entrann er dem Fegefeuer, das ihm sein Feind mit Mund und Fäusten angefacht.

„Das war grad zur rechten Zeit," erklärte der Kapitän. „Ich fing allmählich an, müde zu werden." Schnaufend und keuchend suchte er seine Joppe aus einer Ecke des Flurs hervor, nahm seine Mütze aus einer andern und hob die Pfeife vom Fußboden auf. Darauf ging er, seiner Gewohnheit gemäß, augenblicklich an einen Bericht über die Veranlassung der Schlacht. (Fortsetzung folgt.)

wird, wie zwei mal zwei vier ist. Heute leugnet man das natürlich. Aber gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Auch 1898 wollte der Staatssekretär des Marineamts nichts von der neuen Flottenvorlage wissen, die kurz darauf kam. 1906 erklärte die „Norddeutsche Allgemeine" noch kurz vor den Wahlen im Tone sittlicher Entrüstung, es sei gar nicht daran zu denken, daß neue Steuern kämen und nachher haben wir dann die Bescherung gehabt. (Hört, hört! bei d. Soz.) Diese Erfahrungen haben uns klug gemacht. (Sehr richtig! bei den Soz.) In den Streit, wer am meisten hat bewilligen wollen, ob die Rechte oder die Linke, lassen wir uns nicht ein.

Auch die Liberalen wollten Hunderte von Millionen bewilligen.

Die Differenzen sind nur wegen der Art der indirekten Steuern entstanden. (Zuruf bei den Freis.: Und das war die Hauptsache!) Für uns aber nicht, und deshalb werden Sie alle beide gehängt. (Hkt. b. d. Soz.) Neu war die Behauptung Dr. Arendts, der wirtschaftliche Aufschwung sei die Folge der Reichsfinanzreform. Das können Sie uns nicht weis machen. Es hängt vielmehr mit dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammen, das auf eine Periode der Depression eine Periode der Prosperität kommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der preußische Staat bringt an Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer jährlich 303 Millionen auf, England aber 1800 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Mehrbewilligungen für Heer und Flotte werden wir Ihnen dadurch gründlich versalzen, daß wir verlangen, daß die

Bourgeoisie gründlich herangezogen

wird zum Zahlen. So lange Sie diesen Weg der Besteuerung des Besitzes nicht mitmachen, so lange werden wir geschiedene Leute sein und uns auf Tod und Leben bekämpfen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Schatzsekretär Wermuth bestreitet, im Auftrage des schwarz-blauen Blocks gesprochen zu haben und verwahrt sich gegen die Folgerung aus seiner Rede, daß genügend Geld für die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen da sei.

Dr. Paasche (Natl.): erklärt, daß die Nationalliberalen gegen die Reichsfinanzreform wegen des unsozialen Charakters dieser Maßregel gestimmt haben, und gibt zu, ursprünglich gegen die Erbschaftssteuer Bedenken gehabt zu haben. Die Bedenken mußten aber gegenüber der Notwendigkeit zurücktreten, eine wirkliche direkte Besitzsteuer in die Reichsfinanzreform einzufügen. (Beifall links.)

Erzberger (Ztr.): Die Liberalen wollten mehr bewilligen, als das Zentrum wirklich bewilligt hat. Der Vergleich, den Bebel zwischen den deutschen und den englischen Steuern zieht, geht von falschen Voraussetzungen aus. — Redner polemisiert sehr ausführlich gegen den Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen, den er nach einem Orte des bayerischen Landtagswahlkreises Hof Müller-Oberkotzau tituliert. (Gr. Hkt. b. d. Mehrheit.) Ferner beruft sich der Redner auf Ausführungen des Freisinnigen (Hkt. b. d. Soz.) Abgeordneten Eickhoff zugunsten der Reichsfinanzreform.

Dr. Wiemer (FVpt.): Mit seinem Schimpfen setzt sich Herr Erzberger nur ins Unrecht. (Präsident Graf Schwerin: Abgeordnete schimpfen nicht! — Heiterk.) Wir waren gewiß bereit, an der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, verlangen aber, daß ein möglichst großer Teil durch direkte Besitzsteuern gedeckt werde. Gegenüber Herrn Bebel ist zu bemerken, daß, so lange nicht die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten ganz anders reguliert werden, eine ausschließliche Basierung des Reiches auf direkte Steuern unmöglich ist. Auch drücken nicht alle indirekten Steuern die Besitzlosen.

Wagner-Sachsen (K.): Die haltlose Unterstellung, als sei die Rede des Schatzsekretärs

bestellte Arbeit des schwarz-blauen Blocks,

weise ich auf das entschiedenste zurück. (Bravo! rechts.) Gegenüber den Angriffen Dr. Wiemers auf den schwarz-blauen Block erinnere ich an den bekannten Brief des Abg. Kopsch, worin er betont, daß er dem Zentrum stets freundlich gegenübergestanden habe. (Hört, hört! rechts.) Der Fortschritt hat seit Gründung des Reichs noch keine Finanzreform bewilligt. Wie denken sich denn die Sozialdemokraten eine Finanzreform? Es kommt nicht auf die Worte, sondern auf die Tat an und auf die Tat der Reichsfinanzreform sind wir stolz.

Dr. Südekum (SD.): Wir gewinnen nur, wenn Sie sich untereinander zanken. Dabei kommt immer ein Stück Wahrheit an den Tag. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Erzberger ist als Verfasser der berühmten Wahlflugblätter des Zentrums im Wahlkampf 1906/07 der eifrigste Kritiker dessen, was nachher seine Partei im Bunde mit den Konservativen gemacht hat. (Sehr richtig! links.) Die Reichssteuern, wie sie heute bestehen, sind

das denkbar ungerechteste Steuersystem,

das es gibt. (Zust. bei den Soz.) In England denkt niemand daran, die notwendigsten Lebensmittel mit Steuern und Zöllen zu belegen. In Deutschland aber haben wir eine Brotsteuer von 19 Mk. pro Kopf, wovon 17 Mk. in die Taschen der Agrarier fließen. (Hört, hört! links.) Diese Brotsteuer hat das Zentrum in besseren Tagen auch auf das schärfste bekämpft. Die Ansichten darüber, was sich mit dem Christentum verträgt, haben sich inzwischen beim Zentrum eben gewandelt. Heute verteidigt das Zentrum das unbarmherzigste Steuersystem, das man sich denken kann. Unsere Steuer auf Salz, Kaffee, Petroleum und Zündhölzer und die Belastung des Fleisches und Brotes sind Steuern von einer fluchwürdigen Ungerechtigkeit. Die Belastung ist umso höher, je ärmer und größer eine Familie ist. Wer eine solche Steuerpolitik verteidigt, muß Schiffbruch leiden, wie heute Herr Erzberger. Wir werden immer wieder betonen, daß die Lasten von denen getragen werden müssen, die sie auch tragen können. (Beifall bei den Soz.)

Bei der Abstimmung über einen Schlußantrag ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Fortsetzung und dritte Lesungen und Marokkodebatte.)

Schluß 8 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 4. Dezember 1911.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 5 Min. vom Wortführer Dimpfer eröffnet. Er begrüßt die neueingetretenen Mitglieder und macht sie auf die Pflichten in ihrem Amt aufmerksam.

Cuwie kritisiert die Verteilung der Plätze; er wünscht den von Gotch verlassenen einzunehmen, auf den er doch eher Anspruch habe als ein erst eingetretenes Mitglied.

Wortführer Dimpfer weist darauf hin, daß derjenige, der zuerst den Platz belege, ihn auch behalte; ein salomonisches Urteil könne er nicht in jedem einzelnen Falle abgeben.

Ferner gedenkt der Wortführer dem verstorbenen neugewählten Bürgerschaftsmitglied Landrichter Dr. Pieper eines Nachrufs.

Vom Vorstand des Vereins für Frauenstimmrecht ist eine Resolution eingegangen.

Als Wortführer für die nächsten zwei Jahre wird in der hierauf folgenden Wahl Dr. Görtz gewählt. Auf ihn entfallen 90 Stimmen. 3 Stimmen entfielen auf Dr. E. Meyer. 105 Stimmen sind abgegeben worden.

Dr. Görtz dankt für die Wahl: er werde seinen Posten unparteiisch verwalten und bittet um die Unterstützung der Bürgerschaft.

Thiele schlägt für den ersten Stellvertreter des Wortführers Aug. Pape vor.

Erster Stellvertreter wird Max Jenne mit 69 Stimmen. Aug. Pape vereinigte 33 Stimmen auf seine Person.

Zum zweiten Stellvertreter schlägt Burwick Herrn Coleman vor. Gewählt wird Buchwald mit 74 Stimmen. Coleman erhält 27 und Peter Pape 11.

Die Gewählten nehmen die Wahl mit den üblichen Dankesworten an.

Hierauf folgt die Wahl von 15 neuen Mitgliedern des Bürgerausschusses.

Böger bittet, seinen Namen von der Vorschlagsliste zu streichen, denn sein Gesundheitszustand erlaube ihm nicht, die anstrengende Tätigkeit zu übernehmen. An seiner Stelle bitte er seinen Freund Stelling zu wählen. Im übrigen sehe seine Fraktion heute davon ab, — weil es doch aussichtslos wäre — weitere Vorschläge zu machen, trotzdem nach der Fraktionsstärke ihnen das Recht auf drei Mitglieder zustehen würde. Doch erwarte er vom Gerechtigkeitsgefühl der Bürgerschaft, daß sie im nächsten Jahre den Vertretern der zweiten Klasse das dritte Mitglied zum Bürgerausschuß zugestehe.

Coleman vermißt auf der Liste den Namen des Staatsanwalts Dr. Benda und ersucht, diesen Namen auf die Liste zu setzen.

Dr. Wittern unterstreicht Colemans Vorschlag.

Aug. Pape unterstützt die gemachten Vorschläge, insbesondere den von der zweiten Klasse gemachten. Die Leute müßten am besten wissen, wer von ihnen die meiste Zeit dazu habe. Für Travemünde schlägt Redner den dortigen Vertreter Grünau vor.

Köster schlägt Mantau vor.

Dr. Wittern macht darauf aufmerksam, daß das Wahlverfahren nicht ganz korrekt sei; wohl entspreche es geübtem Brauch. Am besten wäre die Änderung der Geschäftsordnung. Der Vorstand der Bürgerschaft sollte eine offizielle Liste schaffen, auf der mindestens die Hälfte mehr verzeichnet werden sollten, als wählbar sind.

Dr. Görtz widerspricht dem Vorredner. Formal habe Dr. Wittern recht; der zwanzigjährige Brauch habe sich jedoch bewährt. Herr Dr. Wittern könne ja bei Gelegenheit eine Geschäftsordnungsänderung vorlegen.

Das Wahlergebnis ist folgendes: Böbs, Cuwie, Dahms, Dimpfer, H. Eichenburg, Dr. med. Eichenburg, Heinsohn, Hoff, Dr. med. Meyer, Niemann (Schlutup), Prösch (Harmsdorf), v. Schack, Schulmerich, Tegtmeyer (Moisling), Dr. Benda. Stelling unterlag mit 50 Stimmen, die auf ihn fielen.

Der Senatskommissar gibt die Erklärung ab, daß er von einer nochmaligen Vorlage an die Bürgerschaft betr. des Ernestinenschule-Direktors zurzeit absehe, doch behalte er sich vor, zur geeigneten Zeit darauf zurückzukommen.

Debattelos genehmigt werden diese beiden Anträge:

Vergrößerung der Leichenhalle auf dem Vorwerker Friedhof und die Umwandlung zweier Oberfeuermannsstellen der Berufsfeuerwehr in eine Wachtmeister- und eine Vizewachtmeisterstelle.

Der folgende Senatsantrag betrifft die Neuordnung des Armenwesens.

In der Allgemeinberatung nimmt das Wort

Pastor Becker, der in der Vorlage das Resultat langjähriger Tätigkeit erblickt. Der wichtigste Punkt ist, daß die Armenanstalt aufgehoben und eine Armenbehörde geschaffen wurde und zwar auf Grund des Elberfelder Systems, das sich bereits 60 Jahre bewährt und in verschiedenen Städten Eingang gefunden habe. Die Dezentralisation sei in dieser Vorlage ein wichtiges Moment, denn bei dem stetigen Wachsen unserer Stadt sei es einzelnen Pflegern nicht möglich, allem gerecht zu werden. Meistens lag aber ein Übelstand darin, daß Männer zu Armenpflegern ernannt wurden, die so wie so schon mit Ämtern überlastet waren. Vor allem sollen in Zukunft Frauen in großer Anzahl hinzugezogen werden, und zwei Frauen sollen in der Armenbehörde tätig sein. Heilsam wirkt der vorgesehene Arbeitszwang. Auch eine vorbeugende Wirkung enthalte das Gesetz, das dadurch zur Wohltätigkeitspflege überleite. Redner empfiehlt den Bürgerausschußantrag, der allerdings die gesetzliche Kinderpflege für Minderjährige nicht enthalte, doch habe der Senat ein besonderes Gesetz in baldige Aussicht gestellt.

Dr. Schlomer: Meine Herren, Herr Pastor Becker hat Ihnen die prinzipiellen Aenderungen auseinandergesetzt; ich will hier in der Allgemeinberatung aber nicht auf den § 17 (jetzt § 18) näher eingehen, nur hervorheben, daß wir diesen Paragraphen für so schädlich halten, um im Falle seiner Annahme die ganze Vorlage abzulehnen. (Zuruf: Hört, hört!) Auch das Elberfelder System wurde lobend erwähnt. Wir begrüßen diese Einführung gleichfalls und hoffen, daß ein guter sozialer Geist in die Verwaltung einziehen möchte. Leider verspricht der Wortlaut der neuen Armengesetzvorlage nicht allzu viel. § 11 hält nur denjenigen für bedürftig, der seinen notdürftigen Unterhalt nicht aus eigenen Kräften bestreiten kann. Hier dürfen Beamte und Armenpfleger nicht summarisch verfahren, sondern im sozialen Sinne, wie wir es wünschen. Hier zeigt sich, was wir und was andererseits die Mehrheit der bürgerlichen Kreise darunter verstehen. Sie halten die Armenpflege für ein notwendiges Uebel, mit dem Sie möglichst viel Nachteile zu verknüpfen suchen. Sie beweisen dies dadurch, daß sie damit dem Empfänger die höchsten, die politischen Rechte entziehen. Wir sehen in der Armenpflege ein Recht, auf das die Enterbten Anspruch haben für den Schaden, den ihnen die Gesellschaft zufügt. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Trunkenheit usw. sind häufig die Gründe, die Personen in die Lage bringen, die Armenanstalt in Anspruch zu nehmen. Wir sehen in dem Armen das Opfer unserer gesellschaftlichen Zustände. (Lachen!) Wir erblicken die Ursachen unverschuldeter Armut vor allem in der Arbeitslosigkeit, da wird der Arbeiter gezwungen, Schulden zu machen. Hat er erst angefangen, gerät er immer tiefer hinein und kommt nur schwer wieder heraus. Der Mann muß untätig zusehen, wie die Frau, statt die Kinder zu erziehen, schwer schaffen muß. Findet er schließlich wieder Arbeit, fehlen ihm die Kräfte, oder er muß lange Zeit arbeiten, um die Schulden wieder loszuwerden. Auf diese Weise kommt er aus den Reihen der Proletarier und zählt zu den ganz Enterbten. Ich könnte Ihnen genug Beweise vorbringen, aus denen Sie ersehen würden, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursachen der Armut wirken. Die Krankheit ist vielfach die Folge der sozialen Zustände, ich erinnere nur an die Lungentuberkulose. Dann trägt der Alkoholismus vielfach zum sozialen Fall bei. Vielleicht liegt krankhafte Anlage vor, oder die Momente liegen in der Ehe bei der Zerfahrenheit der schlechten sozialen Verhältnisse. Wir dürfen jedoch nicht den Armen schuldig werden lassen, weil ihn das Schicksal verfolgt. Die Quellen wollen wir verstopfen, welchen die Armut entspringt. In der Schaffung des Wohltätigkeitsfonds kommen Sie uns einen Schritt entgegen und beweisen dadurch, daß unser Vorgebrachtes berechtigt ist. Die Anklage muß ich gegen die Bürgerschaft erheben, daß sie unseren sozialen Vorschlägen nicht gefolgt ist auf Einführung der Arbeitslosenversicherung, auf Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises, Besserung der Wohnungsverhältnisse usw. Auch bei der vorgebrachten Lebensmittelteuerungsfrage, die wieder eine Quelle großer Armut ist, haben Sie unsern Vorschlägen keine Folge geleistet. Wir haben ferner gehofft, der Senat würde Maßnahmen gegen die Teuerung treffen, der hat aber bis heute keinen Schritt getan. Er wollte erst die statistischen Berichte sehen, nun liegen diese vor. Nach ihnen sind die Preise bedeutend höher geworden und nun können wir doch wohl erwarten, daß der Senat die notwendigen Schritte unternimmt. An die Bürgerschaft richte ich die Aufforderung, sie möge unseren sozialen Vorschlägen freundlicher gegenüberstehen, damit wir auch in Lübeck sozial vorwärts kommen und das Volk geistig, körperlich und sittlich gehoben wird. Die bürgerliche Armenpflege demoralisiert aber. Im § 11 muß das Wort „notdürftig" gestrichen werden. Wir müssen ein anderes Wort suchen und die gewohnten Lebensverhältnisse berücksichtigen. Gerade in letzter Zeit vernahm ich Klagen, daß die Armenbehörde das Wort „notdürftig" im engsten Sinne faßt. Ich kann nicht alle Beschwerden als Außenstehender prüfen, aber wenn sich die Klagen jetzt besonders häufen, wird wohl etwas Wahres daran sein, daß die jetzige Armenbehörde besonders streng vorgeht. Dies wurde mir auch von Leuten bestätigt, die in der privaten Wohltätigkeit mitwirken, ja selbst Armenpfleger haben derartige Klagen vorgebracht. Ich erhoffe hier Abhilfe. Wenn eine Frau ihren Mann verliert oder dieser sie verläßt, kann sie sich nicht gleich an die neuen Verhältnisse gewöhnen und einen schweren Beruf ergreifen. Die Armenbehörde verweist solche Frauen gleich in die Fabrik, wo sie angeblich verdienen sollen, was sie zum Unterhalt brauchen. Das ist ganz verkehrt. Einer Frau wurde der Zuschuß zur Anschaffung einer Maschine verweigert, auch sie wurde in die Fabrik verwiesen. Redner führt noch weitere Fälle an und kritisiert die manchmal zutage tretenden eigenartigen Ansichten bei Rückerstattung der Kosten. Ein Mann hatte gerade Arbeit bekommen und um die neue Stelle nicht zu verlieren, der Vorladung zu einer Vernehmung nicht gleich Folge geleistet. Dafür wurden ihm einige Mark Strafe auferlegt, obwohl er am anderen Tage sofort zur Behörde gegangen war. Für das Holzzerkleinern würde jetzt 30 Pfg. weniger als früher bezahlt, weil zu viel verlangt werde. Überall anders werde bei großem Andrang der Preis erhöht, hier erniedrige man ihn. Hoffentlich werde der streng fiskalische Geist in der Armenbehörde, der die berechtigten Wünsche Armer nicht berücksichtige, durch das Elberfelder System verdrängt. Diejenigen Kreise, die zu wählen haben, müssen von ihrer Engherzigkeit abgehen und den bisher brach gelegenen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen heranziehen. Nur diese haben ein richtiges Verständnis für die Not der Armen, weil die meisten von ihnen in ähnlichen Verhältnissen gelebt haben. Sie haben die Not selbst empfunden und wissen, wo dem Armen am leichtesten zu helfen ist. Besonders die Arbeiterin weiß hier Bescheid. In der Kinderschutzkommission ist jetzt durch Frauen schon viel Gutes geleistet worden. Die Arbeiterin wird den Armen schon zeigen, wie sie am besten auskommen kann, ohne den Lübecker Staat allzu sehr mit Kosten zu belasten. Und wenns auch etwas mehr kosten sollte, der Segen wird um so größer sein. Ich weise auf Kiel hin, wo der Magistrat den Kreis der Arbeiterarmenpfleger erweitern will. Ich hoffe, daß die geplante Armenpflege mit sozialem Geist durchtränkt wird, damit eine großzügige Reform eintritt, die nicht nur den einzelnen Fall betrachtet, sondern den Blick weiter lenkt. Neben ein solches System dürfen aber keine Beamte gestellt werden, die nur trockene Bureaukraten und Rechenmenschen sind, es müssen Leute mit praktischer und theoretischer Ausbildung sein, die die sozialen Verhältnisse überschauen können. Nur dann wird die Mitwirkung der bürgerlichen Deputierten von Nutzen sein und dieser Geist in Beamte und Verwaltungskörper einziehen. Besondere Vorschläge werde ich bei den einzelnen Paragraphen stellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Senator H. Evers will auf die einzelnen vom Vorredner angeführten Fälle nicht eingehen, bestreitet aber, daß mit besonderer Strenge verfahren werde. Auferlegte Strafen wurden stets wieder erlassen, wenn der Bestrafte sich entschuldigte. Die Beamten der Armenbehörde müsse er ganz besonders in Schutz nehmen, sie würden jederzeit ihre Pflicht tun. Notstandsarbeiten würden bei Gelegenheit vom Senat besorgt. Wir lebten allerdings in einer Zeit, in der die Lebensmittel sehr teuer sind (Zuruf Stelling: Sehr richtig!), aber von einem Notstand könne man doch wohl nicht reden, denn noch niemals seien so wenig Gesuche bei der Armenbehörde eingegangen, wie jetzt. Deutschland habe durch soziale Fürsorge ungeheuer viel getan, deshalb sei in den letzten 25 Jahren die Armenlast in Lübeck zurückgegangen. Wenn Arbeiter bei der Armenpflege mitwirken wollten, habe der Senat nichts dagegen; sie müßten aber die nötige Zeit zur Verfügung haben. In Kiel seien die Arbeiter allerdings mit viel Geschick in der Armenpflege tätig.

Senator Dr. Lienau entgegnet Dr. Schlomer, daß der Preis für die Holzzerkleinerung deshalb herabgesetzt worden sei, weil das Material leichter zu bearbeiten sei. Im übrigen müsse die Verwaltung aber auch wirtschaftlich rechnen.

Senator Dr. Fehling behauptet, daß von einem wirklichen Notstand in Lübeck nicht geredet werden könne. Herr Stelling hat seinerzeit die Korrigendenarbeit bei Staatsbauten bemängelt, der Senat hat darauf sofort die Baudeputation angewiesen, Korrigenden in der Außenarbeit bis auf weiteres nicht zu beschäftigen. (Bravo!)

Dr. Ziehl stellt in betreff des Verwaltungsgerichtshofes eine Anfrage an den Senat. Er macht ferner auf Dr. Brückners Werk über die Senatsordnung in Lübeck aufmerksam, aus dem er herausliest, daß die Rechte beider Parteien nicht richtig verteilt seien. Notwendig sei es wohl, daß wir einen Verwaltungsgerichtshof bekämen, damit Beschwerden unserer Mitbürger nicht mit den Bestimmungen des Senats kollidierten.

Senator Dr. Fehling lehnt es zurzeit ab, auf den allgemeinen Wunsch eines einzelnen Mitgliedes zu antworten. Die Bedenken des Vorredners seien unbegründet. Mit großer Vorsicht müsse an diese Neuregelung herangegangen werden. Die Vorarbeiten für einen Verwaltungsgerichtshof seien zum größten Teil erledigt und bestimmte Vorschläge würden in Bälde vorgelegt werden.

Dr. Schlomer: Die letzte Senatsäußerung nehme ich mit Dank entgegen; nicht zustimmen kann ich aber dem Senat bei der Teuerungsfrage, da man die statistischen Feststellungen nun kennt. Der schwerfällige Weg hätte vermieden werden können, wenn man unsern Vorschlägen gefolgt wäre und eine gemeinschaftliche Kommission geschaffen hätte. Der Senat bestreitet die bestehende Teuerung mit der Behauptung, daß die Armenunterstützungsgesuche sich vermindert hätten. Hier spielt doch auch die bevorstehende Reichstagswahl eine Rolle mit; mancher erduldet eben lieber die größte Not als das Wahlrecht zu verlieren. Wir wollen nicht, daß die Leute erst ganz verelenden, ehe sie unterstützt

werden; deshalb muß der Geist in der Armenverwaltung anders werden. Die Verminderung der Unterstützungsgesuche spricht für die Praxis der Armenanstalt, man fürchtet sich, ein Unterstützungsgesuch einzureichen, weil man mit kurzen Worten abgespeist wird. Ich muß jedoch dagegen protestieren, daß ich die einzelnen Beamten verantwortlich gemacht habe. Nur das System habe ich angegriffen, das sie zwingt, so zu handeln. In der Bureaukratie herrscht nicht der einzelne, sondern der Geist. Wenn hier auf kleine Ersparnisse hingewiesen wird, können die Beamten es leicht mißverstehen. Es müßten hier eben andere Vorbilder geschaffen werden, durch die ein weiterer Gesichtskreis entsteht. Herr Senator Evers wies auf die soziale Reichsgesetzgebung hin, durch die bewiesen werde, daß im Bürgertum keine Engherzigkeit vorhanden sei. Bei der Reichsversicherungsordnung ergab sich jedoch ein anderes Bild. Dort haben gerade diese Kreise versagt und unsere Anträge zur Entlastung der Armenpflege abgelehnt.

Dr. Hartwig begründet die Einführung des Arbeitszwanges. Durch die Arbeitsscheuen und Trinker werden zum Teil die Steuerzahler belastet. Der Arbeitszwang wirkt aber wohltätig in erster Linie auf die Arbeitsscheuen, denn Alkoholismus und Arbeit führen eine schlechte Ehe zusammen. Nicht um die Leute zu schikanieren wünsche ich die Arbeit, sondern um sie wieder zur Arbeit zu erziehen. Die Trinker sind meistens Leute, die von ihrer Frau undenkliche Arbeit fordern und ruhig zuschauen, wie diese schafft. Herr Stelling hielt damals das Entmündigungsverfahren für zu hart, es war aber ein gutes Mittel, die Leute zur Raison zu bringen. Hier ist ein milderes Mittel gegeben und deshalb begrüße ich den Arbeitszwang. Richtig ist, wie Herr Dr. Schlomer ausführte, daß die gesellschaftlichen Zustände einen Teil der Schuld tragen, doch kann man nicht alle Schuld einfach auf die Gesellschaft abwälzen.

Dr. Schlomer weist erneut darauf hin, daß nicht mit Worten, sondern durch die Tat der gute Wille gezeigt werden müsse. Die Armenpfleger müßten durch die Bürgerschaft gewählt werden. Es dürften nicht Leute damit belastet werden, die schon ein Dutzend Ehrenämter haben. Herr Dr. Hartwig müsse ihm zugeben, daß die meisten Ursachen, die den Arbeitszwang verschuldeten, in krankhafter Anlage oder in den sozialen Verhältnissen liegen. Nur wenige Fälle seien davon ausgenommen. Der Arbeitszwang greife in die individuelle Freiheit ein und führe nur in seltenen Fällen zur Besserung. Damit könne man willensschwache Menschen nicht erziehen, um wieder vollwertig zu werden. Dazu seien Personen mit psychologischen und pädagogischen Kenntnissen notwendig. Hätten wir hier Anstalten wie in Amerika, könnte man Herrn Dr. Hartwig folgen; jetzt müsse man diesem Vorschlag widersprechen, weil eine praktische Wirkung nicht erzielt werden könne. Zwang führt zu unerquicklichen Verhältnissen und für die Familie wird nichts gewonnen, weder für die Frau noch Kinder. Zu solch zweifelhaften Mitteln gebe ich die Hand nicht her, vor allem deshalb nicht, weil die einzelnen Fälle zu schwer liegen, um zu entscheiden, wo die eigentliche Schuld liegt: ob in der Arbeitslosigkeit, in krankhaften Verhältnissen oder durch das Arbeiten der Frau außerhalb des Hauses. Solche Strafen einzuführen, möchte ich dringend abraten. Es wird zwar bestritten, daß es eine Strafe sein soll. In Parlamenten wurde die Frage erörtert und darauf hingewiesen, daß eine solche Einführung verboten ist. Es ist und bleibt eine Strafe, die nicht von einem Gericht verhängt wird, sondern von einer Behörde, die ein fiskalisches Interesse hat. Dadurch wird eine Verwaltungsgerichtspartei eingeführt, die nur Schaden bringt. Ich kann dem nicht zustimmen, weil der Paragraph ein Ausnahmegesetz gegen die arme Bevölkerung darstellt. Ein reicher Mann, der seine Frau nicht unterstützt, aber der Armenanstalt nicht zur Last fällt, geht frei aus, ein armer wird bestraft. Es kommt mir vor wie ein Aufleben des mittelalterlichen Schuldturms, in den die Leute hineingesteckt wurden bis sie bezahlten. Heute heißts nicht mehr Schuldturm, sondern Zwangsarbeitshaus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Heinsohn legt Verwahrung dagegen ein, daß die Armenpfleger durch die Bürgerschaft gewählt werden und wünscht lieber Geschäftsleute als Rentner zu solchen ernannt, zu denen die Leute mehr Vertrauen hätten. Auch das Vorschlagsrecht möchte er zurücktretenden Pflegern zuerkannt wissen. Zwangsarbeit steht Redner nicht für schrecklich an.

Dr. E. Meyer hebt das Verantwortlichkeitsgefühl für diejenigen hervor, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen. Die Wirkung des Arbeitszwangs könne noch nicht vorausgesehen werden, doch Strafcharakter hätte er nicht. Jedenfalls sei ein Versuch angebracht. Mit politischen Grundsätzen könne man die Trunksüchtigen nicht aus der Welt schaffen. Wundern müsse er sich gegen Dr. Schlomers Äußerung, der mit seinen Freunden gegen die ganze Vorlage stimmen wolle, wenn dieser eine Paragraph in Kraft trete.

Damit ist die Allgemeinberatung erledigt. In der Spezialberatung liegt zu § 4 ein Antrag Dr. Schlomers vor, der die Worte „den Senat" durch „die Bürgerschaft" ersetzt und den zweiten Absatz ganz gestrichen wissen will.

Dr. Schlomer begründet seinen Antrag. Die Armenpfleger hätten ja das Recht, Vorschläge zu machen. Eine Behörde, die immer aus denselben Personen bestehe, würde mit der Zeit konservativ. Andere Personen, die neuen Geist hereinbringen könnten, würden zurückgehalten. Redner erinnert an die Umgestaltung der Waisenhausschule von einer drei- in eine vierstufige, die 1899 aus dem Grunde gescheitert sei, weil die Vorsteherschaft sich nicht zu einer Änderung habe bewegen lassen. Die Behörde habe sich stets aus den gleichen Personen erneuert. Nur durch Neuorganisation war ein Fortschritt zu erzielen. Daraus können Sie den Vorteil meines Antrages ersehen.

Senator Dr. Fehling behauptet, daß der Antrag von Dr. Schlomer den Senat vollkommen ausschalten würde.

Senator Dr. Lienau: Es liegt im Interesse der Anstalt, daß dieselben Personen die Verwaltung weiter führen, sie haben sich mit Freude der Arbeit gewidmet.

Die Anträge Dr. Schlomers werden abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Ein weiterer Antrag Dr. Schlomer will im § 6 die Festsetzung der Armenausschußsätze auf Vorschlag der Armenbehörde durch die Bürgerschaft festgestellt wissen. Absatz 5 soll gestrichen und der letzte Satz als erster Abschnitt gelten.

Senator Dr. Lienau findet den Antrag ganz unannehmbar.

Der Abänderungsantrag von Dr. Schlomer wird abgelehnt.

Zu § 8 beantragt Dr. Schlomer die Worte „mit Stimmrecht" zu streichen. Dem Vorsteher der Armenbehörde soll in den Birksversammlungen kein Stimmrecht zustehen, sonst wäre die nachträgliche Begutachtung der Armenbehörde entzogen.

Senator H. Evers tritt dem entgegen. Wenn der Vorsitzende an einer Verhandlung teilnehme, müsse ihm dasselbe Recht wie jedem anderen eingeräumt werden.

Schulmerich wünscht eine formelle Änderung; auch Heinsohn hat gegen die Fassung Bedenken.

Der Senatsantrag wird angenommen, Dr. Schlomers Antrag fällt.

Bei § 9 beantragt Dr. Schlomer hinter „Geistlichen des Bezirks" einzuschieben: „sowie Sachverständige", ferner: „auf Verlangen der zu unterstützenden Person ist diese und ihr Beistand zu hören."

Dr Schlomer: Die von der Not Geplagten können nicht immer die Worte finden, ihre Lage so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit ist. Die freie Arztwahl soll in der Armenpflege eingeführt werden, da ist es auch wünschenswert, daß die Ärzte gehört werden, oder Lehrer und ähnliche Sachverständige. Deshalb habe ich die Einschaltung gemacht. Es ist ein Vermittelungsantrag zwischen Bürgerausschuß und Senat. Wenn der Gesuchsteller die Mitteilung erhält, daß sein Gesuch in der Versammlung genehmigt, von der Armenbehörde aber abgelehnt worden ist, muß ihm Gelegenheit gegeben werden, sich dagegen zu wehren. Dabei muß er das Recht, einen Beistand mitzubringen, haben.

Senator H. Evers wünscht aus praktischen Gründen dem Senatsantrag zu folgen. Es sei teilweise unnötig, den Gesuchsteller zu hören, weil meistens die Sache schon klar liege. Weitere Sachverständige und Beistände zuzuziehen sei unnötig.

Die Anträge von Dr. Schlomer werden abgelehnt, die Aenderungen des Bürgerausschusses angenommen und hierauf auch der Antrag des Senats.

Zu § 11 liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Einer von Henk (Bültwisch) und von Dr. Kähler. Dr. Schlomer beantragt: „Oeffentliche Unterstützung wird nur Hilfsbedürftigen gewährt. Hilfsbedürftig ist, wer seinen Unterhalt weder aus eigenen Mitteln noch durch eine ihm nach billigem Ermessen zuzumutenden Verwertung seiner Arbeitskräfte, noch aus ihm von anderer Seite zur Verfügung gestellten Mitteln zu bestreiten vermag. Wer die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen will, hat sich im Geschäftszimmer der Armenbehörde oder beim Bezirksvorsteher zu melden."

Dr. Schlomer weist auf Fälle hin, wo Frauen plötzlich auf sich selbst angewiesen waren. Diese würden in seinem Antrag berücksichtigt werden. Leute, die gewohnt sind, feinere Arbeiten zu verrichten, kann man nicht gleich schwere Arbeit zumuten. Die Behörde erhebt den Einwand, daß die Aufnahme der Personalien für die Bezirksführer schwierig sei. Aber die Bezirksführer sind bereit, diese Arbeit zu übernehmen. Meine weitere Fassung gibt eine leichtere Handhabung der Armenordnung. Verschiedene Arme wohnen weit weg und können nicht immer zur Behörde laufen.

Henk-Bültwisch: Durch das Hinzutreten der Industrie in den ländlichen Bezirken tritt leicht eine Verarmung ein; unsere ländlichen Armenhäuser sind jedoch zu klein, um alle aufzunehmen, diese müßten im Lübecker Armenhause Aufnahme finden.

Dr. Kähler macht längere juristische Ausführungen über mittelbare und unmittelbare Unterstützung Familienangehöriger und begründet damit seinen Abänderungsantrag.

Cuwie stimmt Herrn Henk zu.

Senator H. Evers behauptet wiederum, daß Dr. Schlomers Vorschlag praktisch nicht durchzuführen sei. Der Antrag muß abgelehnt werden. Gesetzlich festlegen sollte man nicht, daß das Lübecker Armenhaus die ländlichen Ortsarmen aufnehmen müsse. Bisher seien derartige Anträge nicht abgelehnt worden. Er stehe der Einrichtung eines allgemeinen Armenhauses für alle ländlichen Gemeinden sympathisch gegenüber.

Senator Dr. Lienau macht auf die Bedeutung und Tragweite der Schlomerschen Anträge aufmerksam. Der Antrag betr. des Arbeitszwanges stehe mit dem Unterstützungswohnsitzgesetz im Widerspruch. Der Anspruch auf Unterstützung beziehe sich nur auf den notdürftigen Unterhalt. Würde das Wort „notdürftig" gestrichen, würde es zu weitgehenden Konsequenzen führen. Auch Dr. Kählers Vorschlägen sollte man nicht zustimmen.

Dr. Schlommer verteidigt nochmals seinen Antrag. Er erwartet dadurch eine schnellere Unterstützung, wo es notwendig sei. Der Senat habe vor der Streichung „notdürftig" gewarnt. Es schade aber nichts, wenn der Kreis weiter gezogen würde als ihn die Reichsgesetzgebung stelle. Herr Dr. Kähler habe auf den Wohltätigkeitsfonds hingewiesen: in vielen Fällen würde davon aber kein Gebrauch gemacht werden. Der Senat folgere gleich daraus, daß dadurch Leute unterstützt würden, die nicht arbeiten wollen, während er für die eintrete, die sich nicht mehr aus eigenen Mitteln helfen konnten. Dem Antrage Henk stimme er zu.

Tegtmeyer (Moisling) gibt Herrn Henk bedingt recht, wünscht jedoch die Zurückziehung seines Antrages, da die Senatserklärung eine genügende Zusage enthalte.

Henk (Bültwisch) zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Dr. Schlomers Anträge werden abgelehnt.

Senator Dr. Linau wendet sich gegen den Kählerschen Antrag, der schwerwiegende Folgen nach sich ziehen würde.

Lippert wünscht den einen Teil des Kählerschen Antrages angenommen, er sei konsequenter gehalten.

Schiemann möchte heute den § 11 überhaupt von der Abstimmung ausgeschaltet wissen. Eine Kommission müßte ihn erst bearbeiten. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Grünau kann den Anträgen Schlomers und Kählers nicht zustimmen, weil sie dem Landes- und Reichsgesetz widersprechen würden. Redner plädiert für die Lippertsche Abänderung.

Dr. Kähler verteidigt wiederholt seinen Antrag, der weder in Reichsgesetze eingreife noch mit andern Landesarmenverbänden zu Konflikten führe. Bei der Hilfsbedürftigkeit sei das reichs- und nicht das landesgesetzliche Recht maßgebend.

Senator Dr. Lienau erkennt die große Arbeit des Vorredners an, bittet aber doch den Antrag abzulehnen, der § 11 sei aus der Praxis herausgegriffen.

Der Antrag Schiemann auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Lipperts Antrag, mit dem sich der Dr. Kähler einverstanden erklärt, wird angenommen.

Zu § 12 stellt Dr. Schlomer eine Anfrage an den Senat betreffs des Wortes „unwürdig".

Die Senatauskunft ist unverständlich.

Zu § 13 beantragt Dr. Schlomer im ersten Absatz hinter Begräbnis einzuschalten: „oder durch Unterbringung bei geeigneten Familien." — Sie haben sich die Hamburger Armenordnung zum Muster genommen, nun können Sie es auch in diesem Falle tun. Eine alte Frau, die vielleicht jahrelang bei einer Familie zugebracht hat, kann man nicht ohne weiteres in ein Armenhaus stecken.

Über die praktische Einfügung des Antrages Schlomer in die Vorlage entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich u. a. Lippert, Pastor Becker, Dr. Kähler, Dr. E. Meyer und die Senatoren beteiligen.

Dem Senatsantrag wird mit der Abänderung Dr. Schlomers zugestimmt.

Zu § 14 schlägt Dr. Kähler einen Zusatzantrag vor, zu dem der Senat keine Einwendungen macht. Auch Dr. E. Meyer spricht zugunsten der Einschaltung, ebenso Dr. Benda.

Der Antrag wird angenommen.

Zu § 18 stellt Dr. Schlomer den Antrag, den ganzen Absatz zu streichen, eine Reihe weiterer Anträge stehen mit zur Beratung.

Lippert findet den Arbeitszwang berechtigt. Herr Dr. Schlomer sehe den Arbeitszwang als Strafe an, statt als ein Mittel, die Arbeitsscheuen wieder der Arbeit zuzuführen. Durch die Abladung der Schuld auf die Gesellschaft schwäche man das Verantwortlichkeitsgefühl des Schuldigen. Andere Bundesstaaten hätten die Vorschrift auch aufgenommen und gute Erfolge verzeichnet. Redner stellt einen Abänderungsantrag, der statt der vorgesehenen 16 Jahre „noch nicht armenrechtlich selbständig" gesetzt wissen möchte.

Senator Dr. Lienau hat gegen diese Abänderung nichts einzuwenden.

Der Antrag Lippert wird angenommen.

Dr. Schlomer stellt ferner folgenden Eventualantrag zu § 18: „Sie besteht aus einem nicht der Armenbehörde angehörenden Senatsmitglied als Vorsitzender und vier Beisitzern, von denen drei weder Bezirksvorsteher noch Armenpfleger sein dürfen." — Hinter Zeugen im 1. Absatz einzuschalten: „ärztliche oder andere Sachverständige" und am Schlusse des ersten Absatzes hinzuzufügen: „Anstatt der Unterbringung in eine Armenarbeitsanstalt kann die Kommission auch die Einweisung in eine Heil- oder Erziehungsanstalt verfügen". An Stelle der Absätze 6 und 7 ist zu setzen: „Die Entscheidung, welche mit Gründen zu versehen und zuzustellen ist, ist anfechtbar im Wege der Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof oder der Klage bei den ordentlichen Gerichten. Bis zur Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes tritt an seine Stelle der Senat. Die Beschwerde kann binnen zwei Wochen schriftlich oder zu Protokoll des Inspektors der Armenanstalt eingelegt werden. Die Klage ist gegen den unterstützenden Armenverband zu richten."

Dr. Schlomer begründet seinen Antrag, falls der Antrag auf Streichung des ganzen Paragraphen abgelehnt werde. Es sei notwendig, eine unabhängige Behörde zu schaffen. Eine Kommission, die Richter in eigener Sache sei, sei unangebracht. — Auch müsse es statt Armenpfleger heißen: „Armenpfleger und Armenpflegerinnen."

Senator Dr. Lienau bittet, dem Antrag nicht Folge zu leisten. Gerade die Personen, die in der Armenpflege tätig seien, seien die Berufenen zur Entscheidung.

Der Antrag Dr. Schlomers auf Streichung des Paragraphen wird abgelehnt, die Abänderung Dr. Schlomers, hinter Armenpfleger auch „Armenpflegerinnen" zu setzen; wird angenommen.

Dr. Schlomer weist auf seine Ausführungen in der Generaldebatte hin, in denen er bei anormalen Anlagen ärztliche Sachverständige gefordert habe. Wenn ärztliche Gutachten ausgestellt werden, daß ein abnormer Zustand vorliegt, dann müsse die Überweisung nicht in ein Arbeitshaus, sondern in eine Heilanstalt erfolgen.

Senator Dr. Lienau hat hiergegen keine Bedenken.

Diese Abänderung Dr. Schlomers wird angenommen.

Eine weitere Abänderung in bezug auf Rechtsgarantien wird von Lippert gestellt und begründet.

Senator Dr. Fehling: Mißtrauen gegen den Senat ist nicht am Platze, trotzden hat der Antrag bedingterweise Berechtigung bis das Verwaltungsgericht eingesetzt ist.

Schlomer: Mein Antrag unterscheidet sich von dem Lipperts dadurch, daß auf jeden Fall die ordentlichen Gerichte angerufen werden können. Deshalb ist er vorzuziehen.

Dr. E. Meyer ist der Antrag Lippert sympathisch, bis eine generelle Regelung eintritt.

Senator Dr. Fehling: Anzuwenden ist bis auf weiteres das Zivilprozeßverfahren.

Der Wortführer erklärt, es handle sich heute nur darum, einen prinzipiellen Grundsatz festzustellen, um die Erhebung der Klage in die Wege zu leiten.

Dr. Schlomers Antrag wird abgelehnt, derjenige Lipperts angenommen, ebenso zwei weitere Anträge Lipperts.

Der § 18 wird hierauf angenommen.

Zum Ausführungsgesetz stellt Grünau einen Abänderungsantrag, der den bisherigen Widerspruch im Gesetz, und der Gemeindeordnung Travemünde austilgt. Der Antrag wird angenommen.

Das ganze Gesetz wird hierauf angenommen.

Debattelos genehmigt werden die folgenden Anträge: Entlastung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1907 und 1908 und Beitrag zu den Kosten der Arbeiterkolonie Rickling.

Schluß der Sitzung 10¾ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Berliner Metallarbeiteraussperrung. Dem Vernehmen nach finden Dienstag erneut Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter statt; nachdem wird eine Versammlung der Streikenden über das neue Ergebnis entscheiden. Eine etwas ungewöhnliche Begleiterscheinung hat die Aussperrung gezeitigt. Die Pastoren der Reformationskirche, jener Kirche, die bei den Moabiter Straßenkrawallen im vorigen Jahre einmal der Schauplatz einer Plänkelei des Publikums mit einem Pastor war, fordern durch folgenden Anschlag an der Kirche zu Sammlungen für die Ausgesperrten auf: „Durch die großen Aussperrungen in der Metallindustrie sind viele tausend Arbeiter brotlos und arbeitslos geworden. Die Not ist groß, besonders auch in unserer Gemeinde. Es ist Pflicht eines jeden Christen, nach Möglichkeit helfend einzugreifen. Die unterzeichneten Pastoren bitten herzlich und dringend um Gaben (Geld, auch Lebensmittel) zur Unterstützung der durch die Aussperrung in Not geratenen Gemeindemitglieder." Der Aufruf ist von drei Pastoren unterzeichnet.

Lithographen und Steindrucker! Die Firma Th. Römer in Mühlhausen i. Th. sperrte die Steindrucker aus, weil sie die Anfertigung von Streikarbeit verweigerten. Die Firma ist deshalb gesperrt.

Erfolgreiche Lohnbewegungen der Lederarbeiter. In München erzielten die Weißgerber auf friedlichem Wege eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit um 1½ Stunden. Am 1. Januar 1914 verkürzt sie sich um eine weitere halbe Stunde und beträgt dann wöchentlich 55½ Stunden. Der Stundenlohn der Weißgerber wurde um 5 Pfg. erhöht. Davon treten 4 Pfg. nach Ablauf des jetzigen Vertrages, am 1. Januar 1912, in Kraft; der andere Pfennig nach zwei Jahren. Der Stundenlohn für Ledergerber wurde sofort um 4 Pfg. pro Stunde erhöht. Bezahlt werden 60 Stunden pro Woche. Die Akkordsätze der Akkordarbeiter wurden entsprechend erhöht. — Die Weißgerber in Wismar erzielten durch Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. pro Stunde. — Die Handschuhmacher in Eßlingen erzielten auf friedlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55½ Stunden pro Woche. Der Schnittpreis für Handschuhe wurde um 24 Pfg. pro Dutzend erhöht. Die Nebenarbeiten beim Handschuhschnitt fallen fort. Für Überstunden wird ein Aufschlag von 15 Pfg. pro Stunde bezahlt.

Der Lohn der Wochengehilfen wurde um 2 Mark pro Woche erhöht.

Unterhandlungen im Tabakarbeiterkampf? Wie verlautet, hat der Landrat des Kreises Minden Unterhandlungen zur Beilegung der Tabakarbeiteraussperrung in Westfalen eingeleitet. Die Unterhandlungen sollen sich zunächst auf diejenigen Differenzbetriebe beziehen, die den Anlaß zur Aussperrung gegeben haben. Es wird sich nun zeigen, ob die Zigarrenfabrikanten zum Frieden geneigt sind.

Christliche Gewerkschaftler üben Sabotage. In der Gebetbuchfabrik von Riffarts in M.-Gladbach arbeiten neben Mitgliedern des christlichen graphischen Verbandes auch Mitglieder des freien Buchbinderverbandes. Da die Firma dem „christlichen Prinzip" nicht Rechnung tragen wollte, nur Christlich-Organisierte zu beschäftigen, so versuchten die edlen Christlichen auf nachstehende Weise dem „Prinzip" Geltung zu verschaffen. Ein im Buchbinderverbande organisierter Goldschnittmacher mußte mit Staunen bemerken, daß alle seine Schnitte mißglückten, er konnte anstellen, was er wollte. Keiner wußte Rat, bis man einen jungen Mann dabei ertappte, als er ein Pulver über die zum Abreiben der Schnitte bestimmten Papierspäne schüttete. Auf dem Kontor gestand der junge Mann dann wehmütig ein, das Pulver von einem christlich organisierten Kollegen erhalten zu haben. So versuchten also die Christlichen durch Sabotage die „roten Brüder", wie gewöhnlich der Kraftausdruck lautet, aus dem Betrieb hinauszubringen, um für ihre Mitglieder ebenso wie in Regensburg, ein Arbeitsmonopol zu schaffen. Welch ein Geheul würde wohl in der ganzen christlichen Gewerkschaftspresse über einen solchen Terrorismus erhoben werden, wenn der Buchbinderverband ihn auf dem Kerbholz hätte.

Erfolgreicher Streik der Seeleute in Antwerpen. Der Vorschlag der Belgischen Reedervereinigung, der mit dem Vorschlage und den Forderungen des Verbandes der Seeleute ziemlich übereinstimmte, ist von diesem anerkannt und darauf der Streik als beendigt erklärt worden. Die folgenden Bestimmungen bleiben nun mindestens drei Jahre in Kraft: Die Heuer beträgt für Übersee- und Küstenfahrer (letztere in Klammern):

Zimmermann	105,80 (105,80)	Mk.
Bootsmann	105,80 (105,80)	„
Matrose	81,40 (75,30)	„
Leichtmatrose	40,70 (36,60)	„
Donkeyman	101,75 (93,60)	„
Heizer	91,20 (85,50)	„
Trimmer	77,35 (73,25)	„
Steward	85,50 (77,35)	„
Kajütenjunge	28,50 (24,45)	„

Die Arbeitszeit auf See und im Hafen (letztere in Klammern) ist wie folgt geregelt: Heizer 8 Stunden (8), Trimmer 12 (8), Matrosen (Deckpersonal) 12 (10), Wachtmann 12 (12). Alle belgischen Festtage werden auch auf See als solche anerkannt, in den Häfen auch die örtlichen. Überstunden werden mit 40 Pfg. pro Stunde bezahlt mit einigen Ausnahmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Trostlose Zustände offenbarte eine Verhandlung vor dem Magdeburger Schöffengericht. Der Arbeiterinvalide Dietrich verschaffte für sich und seine Familie etwas Lebensunterhalt, indem er auf Dörfern bescheidene Zauberkünfte vorführte. Im Sommer ging das Geschäft so schlecht, daß alles Entbehrliche versetzt werden mußte. Selbst die letzten Oberkleider der beiden schulpflichtigen Mädchen wanderten ins Pfandhaus. Die Kinder blieben der Schule fern. Ein Schutzmann stellte den Notstand fest. Unter den Lehrern herrschten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob so wenig bekleidete Kinder in die Schule gehörten; indessen erhielt Dietrich wegen der Schulversäumnis seiner Kinder ein Strafmandat, gegen das er Einspruch erhob. Der Amtsanwalt beantragte 9 Mk. Strafe, das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung.

Lynchjustiz kroatischer Bauern. In einem interessanten Prozeß hat heute der Agramer Gerichtshof ein überraschendes Urteil gefällt. Für vierundzwanzig Bauern aus dem Dorfe Ribnik an der kroatisch-krainischen Grenze hatte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe in Vorschlag gebracht, weil sie einem wandernden Bürstenbindergehilfen, den sie für einen Brandstifter hielten, durch schreckliche Foltern zu Schuldbekenntnis gezwungen hatten, worauf sie ihn zu T mißhandelten und seinen Leichnam verbrannten. den letzten Monaten hatten sich nämlich in Ribnik zahlr Brände ereignet. Die aufgeregten Bauern veranstalt allnächtlich, mit Sensen und Gewehren bewaffnet, St züge in der Umgebung, um die vermutlichen Brandlege fangen. Auf einem dieser Streifzüge fiel ihnen der tschech Bürstenbindergehilfe Duchanek in die Hände. Infolge e kleinen Mißverständnisses — der Wanderbursche hatte ge er sei ein „krtasch" (was tschechisch „Bürstenbinder" bedeu die Bauern hatten jedoch „kartasch" (Kartenspieler) verstan — fiel die erregte Menge über den Unglücklichen her, nun seine Unkenntnis der kroatischen Sprache mit dem L bezahlen mußte. Der Prozeß gegen die Bauern n mehrere Tage in Anspruch und endete (wie schon geme mit dem Freispruch aller Angeklagten. In der Begründ des Urteils heißt es, die Bauern hätten sich in einem stande der Autosuggestion und der Sinnesverwirrung funden.

Aus Nah und Fern.

Ein Flieger abgestürzt. Der amerikanische Fli Schriewer ist in San Juan (Portorico) aus 60 Metern H abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Eine Frau als Doppelmörderin. Die 36jährige F Marguerite Pascal in Paris überfiel ihren schlafen Mann, einen ehemaligen Kolonialgendarmen, jetzt A stellten bei einem Pariser Platte, und tötete ihn du drei Revolverschüsse. Dann fuhr sie von P nach Savigny-sur-Orge und erschoß die 68jähr Tante ihres Gatten. Die Mörderin begab sich b auf nach dem Polizeikommissariat und erzählte in ruhig Tone, daß sie ihren Gatten und dessen Tante getötet h weil beide ihr das Leben verbittert hätten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u.
Sämtlich in Lübe

Komitee- und Kommissionssitzungen

Sitzung
der erweiterten Kommission
vom Gewerkschaftshaus
am Mittwoch, 6. Dez.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 3. Dezember starb unser Mitglied, der Brenner
Karl Glau.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet statt: Am Mittwoch, dem 6. Dez., nachmittags 1¾ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus.
Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme am Begräbnis 1¼ Uhr beim „Weißen Hirsch".
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen herzlichen Dank.
H. Wieg u. Frau,
geb. Rötgert.

Junge Frau sucht Beschäftigung.
Off. u. **B G 12** an die Exp.

Malerlehrling
zu sofort oder Ostern.
A. Fölsch, Bei St. Johannis 22.

Zu kaufen gesucht eine 1½schläf. **Muschelbettstelle,** dunkel.
Ang. mit Preisang. u. **M S 60.**

Zu verkaufen ein Speicher
Beckergrube 28/12.

Plüschgarnitur, Spiegel, Vertiko, Musik-Automat, Bettstelle, mehrere **Kostüme u. Kleider, Wint.-Überzieh., Jackettanzug.** Johannisstr. 70, I.

Eine große Schattenbilder-Maschine u. eine Kinderbettstelle billig zu verkaufen.
Engelsgrube 45, II.

Zu verkaufen ein weißes **Ballkleid** und ein **Puppenkopf** mit echtem Haar.
Glockengießerstr. 7, I.

Zu verkaufen: **Grammophon, Trompete u. Trapezschaukel** (3teil.), nach 6 Uhr.
Langer Lohberg 20, I.

Eine guterhaltene **Bettstelle** mit Sprungfedermatratze billig zu verkaufen Lützowstraße 1a.

Billig zu verkaufen ein Kinderwagen und ein Waschtopf
Brolingstraße 49, pt., links.

Zu verkaufen ein hellbl. Wollkleid, eine Hängelampe und einige Märchenbücher
Schwartauer Allee 32, I.

Zu verkaufen eine Puppenküche mit Spritherd, ein Kindertisch und eine Luftbüchse
Kanalstraße 6, II.

Spielwaren jeglicher Art,
speziell: **Puppen, Puppenköpfe, Puppengestelle, Arme u. Strümpfe,** alles in größt. Auswahl zu bekannten billigsten Preisen.
„Zum billigen Laden",
27 Hüxstraße 27.

Zu verkaufen eine wenig gebrauchte **Waschmaschine**
Lindenstraße 15a, I.

Zu verkaufen eine Schattenbildermaschine mit 21 Bildern und eine Spieldose mit 23 Platten, billig
Lindenstraße 57, I.

Ein kl. wachsamer Hund
ist billig zu verkaufen.
Mittelstr. 5.

Äpfel, Pfd. 10, 15 u. 20 Pfg. Magnum-bonum-Eßkartoff., 10 Pfd. 45 Pfg., gelbe Eierkartoffeln, 10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. billiger, gute Eier, 11 Stück für 1 Mk., 100 Eier 8 Mk. 50 Pfg. empfiehlt
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Puppen-Klinik.
Sämtliche **Reparaturen** gut und billig.
Kupferschmiedestraße 10.

Ia. Hausmacher Leberwurst
Pfd. **1.20** Mk.
Ia. Thüringer Leberwurst
Pfd. **1.00** Mk.
Ia. Hildesheimer Leberwurst
Pfd. **80** Pfg.
empfiehlt
Carl Junge
Wahmstraße 14.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.
Mittwoch frisch eintreffend:
Seelachs Pfd. **25** ₰, **Kabeljau** Pfd. **25** ₰, **Schellfisch** Pfd. **30** ₰, **Schollen** Pfd. **40** ₰, **Rotzungen** Pfd. **40** ₰, **Steinbutt** Pfd. **70** ₰, **Hamburger Stint** 2 Pfd. **25** ₰.

Schwarzsauer, Sauerfleisch
empfiehlt **J. Meizel,** Hartengrube 34.

Heinr. Schul
Uhrm. u. Golda
ob. Johannisstr
Uhren, Kette
Gold- u. Silberw
goldene Traurl
Rathenower
Brillen.
Eigene Werkst

Textbüche
zur Theater-Vorstellung des
Arbeiter-Bildungsverei
am Sonntag, 10. Dezemb
à 20 Pfg.
sind zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer &
Johannisstraße 46.

Weine, Spirituosen u. Likö
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgru

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder et
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22

Empfehlungskarten
werden hergestellt in der
Buchhandlung Friedr. Meyer &

Beim Einkauf von Margarine genügt nur die ersten Marken
„Siegerin"
„Palmalo"
„Mohra"

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohberg 48. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 32. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Langestr. 7. Tel. 1090.
H. Hraberg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wakenstr. 79. Eigen. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veit, Lübeck, Schwartauer Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Mahn, Herrenfeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Waschanstalten
H. Passch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Lüthard, Warendorpstr. 20. Fernsprecher 7.

Erscheint dreimal wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wolff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Meiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 36. Brannbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Brannbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
L. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lisa Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kleecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Iovert", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Köper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Vorderstadt, Petterstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Kath,
Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alistr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb. Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1451.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pätzy, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stoch, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20 Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hänse-Meierei die Amme Lübecks mit Lieferanten von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Bickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 50 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 81.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck. Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moisig. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 7
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!